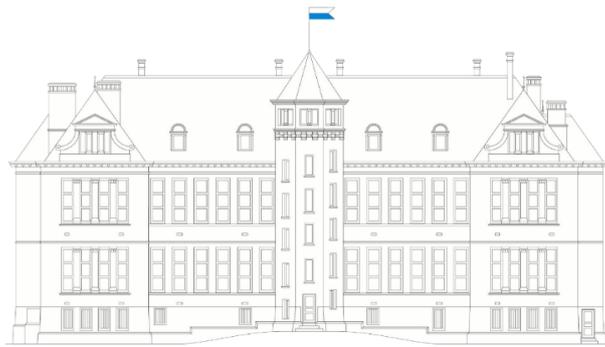


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

Bayern steht für Freiheit und Demokratie. Daher setzen wir uns in Europa und darüber hinaus im Besonderen auch dort für staatlich unterdrückte Demokratiebewegungen und die Achtung der Menschenrechte ein, wo diese Normen und Werte bedroht sind. Dies ist in Belarus der Fall, dessen Regime sich am völlig ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beteiligt. In engem Kontakt stehe ich daher mit der belarussischen Diaspora. Der Verein RAZAM fördert den kulturellen Austausch und ist eine starke Stimme des demokratischen Belarus in Bayern. Deshalb war es mir eine große Freude, dass ich dieser Tage für das Festival "Minsk & Minga" einen Förderscheck über fast 20.000 Euro überreichen konnte (siehe Foto). Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind stärker als jede kriegerische Aggression!



Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage jeder funktionierenden, modernen Demokratie und das zentrale Element von guter Regierungsführung. Regierungen und Verwaltungen dürfen nur im Rahmen bestehender Gesetze handeln, damit die Bürgerinnen und Bürger vor staatlicher Willkür, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen geschützt sind. Ohne Gewaltenteilung kann keine moderne Demokratie intakt sein.

Ich begrüße daher sehr, dass die Europäische Kommission seit 2020 jährlich einen Rechtsstaatlichkeitsbericht veröffentlicht. Ziel des Berichts ist es, die wichtigsten – positiven und negativen – Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten zu beleuchten. Dabei stehen vier Bereiche im Fokus: Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und -freiheit sowie institutionelle Gewaltenteilung. Dieses Jahr enthält der Bericht, den die Kommission am 13.07.2022 veröffentlicht hat, erstmals auch länderspezifische Empfehlungen.

Zu Deutschland fällt der Bericht im Bereich Justizsystem, Medien und institutionelle Gewaltenteilung überwiegend positiv aus. Die Kommission hat jedoch u. a. Nachbesserungen beim Vorgehen gegen Lobbyisten angemahnt. Die Regierung müsse die Vorschriften gegen den sog. „Drehtüreffekt“ – den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft – verschärfen und die Pläne zur Einführung eines Fußabdrucks im Zusammenhang mit dem seit Anfang des Jahres geltenden Lobbyregister vorantreiben.

Für uns überzeugte Demokratinnen und Demokraten ist unstrittig: Rechtsstaatlichkeit ist einer der elementaren Werte der Europäischen Union – und muss dies bleiben. Die gravierend negativen Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten geben mir Anlass zur Sorge. Insofern begrüße ich die intensiv geführten Debatten rund um den jüngsten Rechtsstaatlichkeitsbericht. Auch der Krieg in der Ukraine – ich will dies ausdrücklich nochmals betonen – führt uns direkt vor Augen, wie wichtig das Thema Rechtsstaatlichkeit für unser Miteinander, für Frieden und Freiheit ist.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 13/2022 vom 20.07.2022



Deshalb: Nehmen Sie sich Zeit für die Lektüre zum Rechtsstaatlichkeitsbericht und zu allen anderen wichtigen europapolitischen Themen in den letzten zwei Wochen.

Noch ein Hinweis in eigener Sache:

Der nächste Europabericht erscheint nach der Sommerpause der EU-Institutionen pünktlich zum „Start in den europapolitischen Herbst“ am 16. September 2022.

In diesem Sinne: Auf bald und bleiben Sie uns gewogen!

Ihre Melanie Huml



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	10
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	10
Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 18.07.2022.....	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT	10
Plenarwoche vom 04.07.2022 - 07.07.2022: Taxonomie, Regeln für Online-Unternehmen, Euro für Kroatien.....	10
INSTITUTIONELLES.....	12
Kommission unterstützt Frieden zwischen Irland und Nordirland	12
Befragungen zu Korruption: Kommission legt Eurobarometer vor	13
INTERNATIONALES.....	13
<i>Von der Leyen</i> : „Europa wird Ukraine bis zum allerletzten Schritt in die EU begleiten“	13
Praktische Umsetzung des Brexit: Labour-Chef <i>Keir Starmer</i> bringt neue Vorschläge ins Spiel	14
MEDIEN	15
Journalismus: EU fördert Online-Medien für junge Menschen mit 9 Mio. €	15
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	16
Informelle Tagung des Innenrates am 11.07.2022.....	16
STRAßENVERKEHR.....	16
Ukrainische Führerscheine behalten ihre Gültigkeit.....	16
EU-Vorschriften zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit werden verpflichtend.....	17
SICHERHEIT	17
Frontex Grundrechtsbeauftragter veröffentlicht Jahresbericht für 2021	17
Abkommen zwischen der EU und Neuseeland zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus.....	17
39 Festnahmen bei internationalem Spezialeinsatz gegen Schleuserbande.....	18
EU eröffnet Unterstützungsstelle in Moldawien.....	18
Empfehlung des Europäischen Parlaments für eine Vereinbarung der EU mit Interpol	18
TERRORISMUS	19
Europol veröffentlicht Jahresbericht über die Lage und Entwicklung des Terrorismus in der EU	19
ASYL UND MIGRATION	19
Leitfaden der Kommission für die Aufnahme von Geflüchteten veröffentlicht.....	19
EU-Asylbehörde EUAA legt Asylbericht vor	20
Kommission und Marokko erneuern Partnerschaft im Bereich Migration und Bekämpfung von Schleusernetzen	20
FREIZÜGIGKEIT	21
Rat nimmt Verhandlungsmandat zur Visaliberalisierung für Kuwait und Katar an.....	21



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	22
UKRAINE/EU.....	22
Kommission schließt Straßengüterverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau ab	22
Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments erörtert verkehrliche Anbindung der Ukraine.....	22
Ukrainische Führerscheine behalten ihre Gültigkeit.....	23
Kommission führt Konsultation zur Erweiterung des transeuropäischen Verkehrsnetzes durch.....	23
Rat beschließt weitere Liberalisierung des Agrarhandels mit der Republik Moldau	24
GREEN DEAL	24
Europäisches Parlament legt Standpunkt zu ReFuelEU Aviation fest	24
VERKEHRSPOLITIK	24
Kommission schlägt Vereinfachung der Verfahren zu staatlichen Beihilfen für nachhaltige Mobilität vor	24
STRAßENVERKEHR.....	25
EU-Vorschriften zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit werden verpflichtend.....	25
Kommission führt Konsultation zur technischen Überwachung von Fahrzeugen durch.....	25
SCHIENENVERKEHR	26
Kommission fordert zur Einreichung grenzüberschreitender Schienenverkehrsprojekte auf	26
BINNENSCHIFFFAHRT	26
Kommission fordert u. a. Deutschland zur Einhaltung von EU-Vorschriften im Rahmen der Donaukommission auf	26
LUFTVERKEHR	27
Kommission schlägt Flexibilisierung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen vor.....	27
BAUEN UND WOHNEN.....	27
Konsultation zur verbesserten Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht.....	27
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für das erste Quartal 2022.....	28
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	29
Kommission veröffentlicht Rechtstaatlichkeitsbericht 2022.....	29
Informelle Tagung des Justizrats am 12.07.2022	29
Verbraucherausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Verbraucherkreditrichtlinie.....	30
EuGH: Thermofenster ist unzulässige Abschalteneinrichtung	30
Vorrang von EU-Recht: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen	31
Schutz von Hinweisgebern: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren	31
Öffentliche Konsultation für die Überarbeitung des Rahmens für die Zwangslizenzierung von Patenten	31
Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und aggressiven Steuerplanung durch Vermittler	32



Verbraucherschutz: Fluggesellschaften erstatten mehr als 500.000 Fluggutscheine.....	32
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	33
Kommission stellt neue Innovationsagenda vor	33
Arbeitsprogramm 2023 des Europäischen Forschungsrates (ERC) angenommen	33
Europäischer Forschungsrat (ERC) veröffentlicht Analyse seiner Förderung unter Horizont 2020.....	34
Neuer Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation.....	34
EU Award für Gender Equality Champions ausgeschrieben.....	35
Leitfaden zu Synergien zwischen Horizont Europa und EFRE	35
Sondierungen zur Bewertung von Horizont 2020 und Horizont Europa	36
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	37
Euro-Gruppe am 11.07.2022	37
Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen am 12.07.2022.....	37
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	38
Aktualisierter Verteilungsschlüssel: Deutschland erhält 2,4 Mrd. € mehr	38
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung am 30.06.2022	38
Kommission schlägt die erste Teilzahlung in Höhe von 1 Mrd. € für die neue Makrofinanzhilfe für die Ukraine vor	38
Europäische Zentralbank stärkt Klimaschutz in der Geldpolitik	39
Europäisches Parlament stimmt dem Beitritt Kroatiens zum Euro-Währungsgebiet zu	39
Europäisches Parlament: Standpunkt im Hinblick auf die Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine	40
Halbjahresbericht der Kommission über die Umsetzung von Mitteln im Rahmen von NextGenerationEU.....	40
Aufbau- und Resilienzplan aus den Niederlanden	41
NGEU: Kommission schließt 11. Transaktion erfolgreich ab und gibt Anleihen im Wert von 8 Mrd. € aus	41
Sommerprognose 2022: Russlands Krieg trübt konjunkturelle Aussichten ein.....	41
EU-HAUSHALT	42
EuRH: Prüfer sehen potenzielle Risiken bei der Nutzung externer Berater durch die Kommission	42
Europäisches Parlament: Entschließung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU - Betrugsbekämpfung.....	42
EuRH: Änderung der Verordnung über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EU	43
EU-Haushalt für 2023: Rat legt seinen Standpunkt fest.....	43
EuRH: Methoden für die Bereitstellung der neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt	44
STEUERN.....	44
Kommission befreit lebensrettende Güter für die ukrainische Bevölkerung von Eingangsabgaben und Mehrwertsteuer	44



Europäisches Parlament kritisiert nationale Vetos und fordert eine Wiederaufnahme der Debatte zur schrittweisen Einführung von Mehrheitsentscheidungen	45
Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung durch Vermittler	45
EuGH: Der freie Dienstleistungsverkehr steht weder der Pflicht zur Erhebung und Übermittlung von Informationen noch der Pflicht zur Einbehaltung von Steuern entgegen	45
Unterausschuss für Steuerfragen am 11.07.2022.....	46
OECD startet eine neue öffentliche Konsultation zum Fortschrittsbericht der ersten Säule	46
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	48
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	48
Taxonomie: Europäisches Parlament erhebt keine Einwände gegen delegierten Rechtsakt zum Umgang mit Gas- und Kernenergie	48
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt IPCEI Wasserstoff	48
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Regelung zur Unterstützung energie- und handelsintensiver Unternehmen	48
Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten zur Änderung des Befristeten Krisenrahmens.....	49
Russland-Ukraine-Konflikt: Kommission schlägt Paket zur Aufrechterhaltung und Angleichung der Sanktionen vor	49
Digitalisierung des Finanzsektors: Politische Einigung zur Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA).....	50
Bekämpfung von Geldwäsche: Politische Einigung über die Transparenz von Kryptowertetransfers.....	50
EuGH: Thermofenster ist unzulässige Abschaltvorrichtung	50
Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur ReFuelEU Aviation fest	51
Kartellrecht: Kommission holt Stellungnahmen zu Verpflichtungsangeboten von Amazon ein	51
Kartellrecht: Konsultation zur Überarbeitung der KfZ-Gruppenfreistellungsverordnung und der Ergänzenden Leitlinien	52
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	52
Kommission stellt neue Innovationsagenda vor	52
Innovationsfonds: EU investiert 1,8 Mrd. € in Projekte für saubere Technologien.....	52
AUßENWIRTSCHAFT.....	53
EU-Neuseeland: Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland abgeschlossen	53
Subventionen aus Drittstaaten: Politische Einigung zur Verordnung über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten	53
ENERGIE	53
EU-Gasnotfall-Plan: Kommission legt Vorschlag zur Gasreduzierung vor	53
Green Deal: EP-Ausschuss legt Standpunkte zur Energie-Effizienz- und Erneuerbare-Energien-Richtlinie fest	54
EuGH: Klage der Nord Stream 2 AG gegen Richtlinie für teilweise zulässig erklärt.....	54



Kommission führt Konsultation zu neuen Berichterstattungsvorschriften zu nationalen Energie- und Klimaplänen durch	55
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	56
UMWELT	56
Informeller Umweltrat in Prag erörtert Schutz der biologischen Vielfalt, Hilfe für die Ukraine und Anpassung an den Klimawandel sowie internationale Klimaschutzverpflichtungen	56
Kommission schlägt drei neue Module für die umweltökonomische Gesamtrechnung vor	57
Konsultation zur verbesserten Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht	57
Konsultation zu Anforderungen an nationale Energie- und Klimapläne	58
Strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen bestätigt	58
Kommission veröffentlicht neuen Leitfaden für EU-Förderprogramme für die Umwelt	58
Verhandlungen mit sieben Nicht-EU-Ländern zum Beitritt des LIFE-Programms gestartet	59
Europäische Umweltagentur: Bericht zur Abwasserbehandlung in der Kreislaufwirtschaft veröffentlicht	59
Europäische Zentralbank stärkt Klimaschutz in der Geldpolitik	60
Konsultation zur Erstellung des Frühwarnberichts zur Abfallbewirtschaftung	60
VERBRAUCHERSCHUTZ	60
Antimikrobielle Resistenzen sind eine der drei größten Gesundheitsbedrohungen in Europa	60
Konsultation zur Lebensmittelsicherheit in Bezug auf die Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten	61
Kommission betont erfolgreiche Bekämpfung von Salmonellose	61
Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung bei Klimageräten, elektronischen Displays, Lichtquellen und Kühlgeräten	61
Verbraucherausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Verbrauchercreditrichtlinie	62
Viele Webseiten von Autovermietungsmaklern entsprechen nicht den Verbraucherschutzvorschriften	62
Kommission veröffentlicht Leitfaden zur einheitlichen Umsetzung der EU-Produktvorschriften	63
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	64
Tagung Agrarrat	64
Dürrebeobachtungsstelle veröffentlicht Bericht zur Trockenheit in der EU	65
Kurzfristiger Ausblick der Kommission auf die Agrarmärkte	65
Rat beschließt weitere Liberalisierung des Agrarhandels mit der Republik Moldau	66
AGRI: Annahme Bericht zur neuen EU-Waldstrategie	67
AGRI billigt Vereinbarung mit Rat über VO zu Agrarstatistiken	67
EuRH: Sonderbericht zur Betrugsbekämpfung in der EU-Agrarpolitik	68
Abschluss des Freihandelsabkommens mit Neuseeland	68



Inkrafttreten der neuen EU-Verordnung über Düngemittel.....	69
Kommission richtet Expertengremium zu Kohlenstoffspeicherung ein	69
Einjähriges Jubiläum EU-Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Lebensmittelgeschäfte und Vermarktungspraktiken.....	70
EuGH: Urteil zum Umfang des Schutzes von geschützten Ursprungsbezeichnungen bei der Ausfuhr in Drittstaaten.....	70
EuGH: Urteil zu einer Ausnahme bzgl. der Lenkzeiten-Beschränkung für Unternehmen	71
Kommission schlägt drei neue Module für die umweltökonomische Gesamtrechnung vor	71
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....	72
Kommission verklagt Ungarn vor dem EuGH wegen Verletzung von LGBTIQ-Rechten	72
Eurofound-Umfrage: Das Vertrauen in die Institutionen nimmt in der EU weiter ab	72
EU-Jahresbericht zur Beschäftigung: Junge Menschen leiden am stärksten unter Jobverlusten	72
Europäisches Parlament: EU muss mehr tun, um das Potenzial der Sozialwirtschaft voll auszuschöpfen.....	73
Abgeordnete fordern Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt...	73
Europäisches Parlament will mentale Gesundheit im digitalen Arbeitsumfeld stärken.....	74
Abgeordnete für Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte.....	74
Neue Qualifikationspartnerschaft soll digitale Kompetenzen fördern.....	74
Europass hilft Fähigkeiten, Qualifikationen sowie Berufs- und Lernerfolge zu kommunizieren.....	75
Öffentliche Arbeitsverwaltungen sollen ihr Wissen über künftige Qualifikationsbedarf stärken.....	75
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	76
Spenden von Blut, Gewebe und Zellen: Vorschläge für mehr Sicherheit	76
HERA: Erstes Treffen des Joint Industrial Cooperation Forums zur Bekämpfung von Gesundheits- krisen	76
HERA: Liste der Top-3-Gesundheitsbedrohungen.....	76
COVID-19: EMA und ECDC empfehlen zweite Auffrischungsimpfung für über 60-Jährige	77
Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für globale Gesundheit	77
Europäisches Parlament fordert effizientere Maßnahmen im Bereich der Pflegedienste.....	78
Kommission startet Initiative zu nichtübertragbaren Krankheiten in Europa.....	78
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	79
Finale Verabschiedung des Digitalpakets zur Plattformregulierung.....	79
Kommission stellt neue Innovationsagenda vor	79
Politische Einigung zum Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“	80



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 18.07.2022

Der Rat wird seine Beratungen aufgrund der Aggression Russlands gegen die Ukraine über restriktive Maßnahmen auf Grundlage des neuen gemeinsamen Maßnahmenpakets der Kommission und des Hohen Vertreters fortsetzen. Der Hohe Vertreter betonte, dass die EU-Sanktionen wirken und die russische Wirtschaft schwer betroffen ist. Mit dem neuen Paket der Kommission soll insbesondere ein Einfuhrverbot für russisches Gold eingeführt werden, während gleichzeitig die Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck und Spitzentechnologie verschärft werden sollen. Zudem wird die EU die Ukraine weiterhin bei der Umsetzung ihrer Reformagenda im Rahmen der europäischen Perspektive unterstützen, nachdem ihr kürzlich der Status eines Kandidatenlandes zuerkannt wurde. Der Rat billigte auch die Schlussfolgerungen über die digitale Diplomatie. Dadurch wird die EU mit einem weiteren außenpolitischen Instrument ausgestattet, um ihre geopolitische Rolle und ihre Ambitionen im globalen technologischen Machtspiel zu unterstützen: u. a. Aufbau von Koalitionen zu digitalen Fragen, Entwicklung von Schulungsprogrammen zur Herstellung von "digitalen Diplomaten" und Verbesserung der Koordinierung mit den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Gremien. Als ersten konkreten Schritt wird die EU ein eigenes EU-Büro in San Francisco eröffnen, um die digitale Diplomatie der EU in den USA zu verbessern. Der Rat führte zudem eine Aussprache über die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik (LAC). Die LAC-Länder sind stark von den negativen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine betroffen, insbesondere von steigenden Preisen und Engpässen bei Nahrungsmitteln, Düngemitteln und Energie. Diese transatlantischen Beziehungen sollen intensiviert und einen qualitativen Sprung in den Beziehungen zwischen der EU und den LAC-Ländern herbeigeführt werden. Es wurde betont, wie wichtig und dringend es ist, das Netz von Handels- und Assoziierungsabkommen zu vervollständigen und abzuschließen, wobei den Abkommen mit Mexiko und Chile Vorrang einzuräumen ist.

[Tagungsseite](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 04.07.2022 - 07.07.2022: Taxonomie, Regeln für Online-Unternehmen, Euro für Kroatien

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) standen folgende Themen im Zentrum:

- **Taxonomie – Keine Einwände gegen Einstufung von Gas und Atomkraft als nachhaltig:** Das EP hat keine Einwände dagegen, bestimmte Atomkraft- und Erdgasaktivitäten als umweltverträglich gelten zu lassen. Ein entsprechender Antrag fand bei den Abgeordneten keine Mehrheit. Für die



Entschließung stimmten 278 Abgeordnete, 328 stimmten dagegen, und 33 enthielten sich der Stimme. Damit das EP sein Veto gegen den Kommissionsvorschlag einlegt, wären die Stimmen der absoluten Mehrheit von 353 Abgeordneten nötig gewesen. Da bis zum 11.07. auch der Rat den Delegierten Rechtsakt zur Taxonomie-Verordnung nicht ablehnte, tritt er am 01.01.2023 in Kraft.

- **Finale Verabschiedung der neuen Regeln für Online-Unternehmen (DSA und DMA):** Die Abgeordneten verabschiedeten das neue EU-Regelwerk für Online-Unternehmen – das Gesetz über digitale Dienste („Digital Services Act“, DSA) und das Gesetz über digitale Märkte („Digital Markets Act“, DMA). Die neuen Vorschriften sollen das Online-Umfeld in der EU sicherer, fairer und transparenter machen. Nutzer sollen vor illegalen Inhalten und Produkten geschützt werden. Zudem werden unlautere Praktiken großer Plattformen eingedämmt und bestimmte Arten von gezielter Werbung verboten.
- **Ungarn blockiert globales Steuerabkommen – Abgeordnete kritisieren nationale Vetos:** Das EP kritisiert, dass Länder ihr Vetorecht in Steuerfragen missbrauchen und fordert eine Wiederaufnahme der Debatte zur schrittweisen Einführung von Mehrheitsentscheidungen. In der Entschließung, die angenommen wurde, heißt es, dass die von Ungarn vorgebrachten Forderungen, seine Blockade des internationalen Abkommens über einen globalen Mindeststeuersatz für multinationale Unternehmen aufzuheben, „in dem internationalen Abkommen bereits weitgehend berücksichtigt wurden“. Die Abgeordneten fordern Ungarn deshalb auf, „seine Blockade unverzüglich aufzugeben“.
- **Abgeordnete für Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in EU-Charta der Grundrechte:** Das Recht auf Abtreibung sollte in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen werden, fordern die Abgeordneten in einer Entschließung zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, das Recht auf Abtreibung in den USA zu kippen, und zur Notwendigkeit, das Recht auf Abtreibung und die Gesundheit von Frauen in der EU zu schützen, die angenommen wurde.
- **Fit for 55: Abgeordnete drängen auf umweltfreundlichere Flugkraftstoffe:** Das EP hat seinen Standpunkt zu einem Gesetzesvorschlag angenommen, mit dem der Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe in Flugzeugen und auf Flughäfen in der EU gefördert werden soll, um die Emissionen aus dem Luftverkehr zu senken und sicherzustellen, dass Europa bis 2050 klimaneutral werden kann. Altspeiseöl, synthetischer Kraftstoff oder sogar Wasserstoff sollten demzufolge schrittweise zum Standard im Flugkraftstoff werden.
- **Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt: EP ruft zum Handeln auf:** In jüngster Zeit wird eine starke Zunahme von psychischen Problemen beobachtet, was zu einer neuen Gesundheitskrise führen könnte. Das EP rief in einer angenommenen Entschließung zur psychischen Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt zum Handeln auf. Die Abgeordneten fordern darin die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auf, Wege zu finden, um psychische Probleme vorzubeugen. Die Abgeordneten schlugen außerdem vor, das Jahr 2023 zum EU-Jahr der psychischen Gesundheit auszurufen.



- **Ukrainekrieg – Aussprache zum Europäischen Gipfel vom 23./24.06.2022 und Debatte zu den steigenden Lebenshaltungskosten:** Die Abgeordneten begrüßten die Gipfel-Entscheidung, die Türen der EU für die Ukraine und die Republik Moldau zu öffnen. Sie forderten die Staats- und Regierungschefs jedoch auf, die EU zu stärken und die jüngste Krise zu bewältigen, wie es in einer Debatte hieß.

Daneben befragten die Abgeordneten Vertreter der Kommission und des Rates dazu, wie EU-Mittel eingesetzt werden könnten, um den Menschen bei der Bewältigung der steigenden Lebenshaltungskosten zu helfen. Sie debattierten auch die Möglichkeit einer Besteuerung der Markttagelgewinne, die derzeit von Energieunternehmen erzielt werden.

- **Kroatien: Positives Votum der Abgeordneten zum Beitritt in das Euro-Währungsgebiet:** Das EP votierte für den Beitritt Kroatiens zum Euro-Währungsgebiet. Am 01.01.2023 wird Kroatien somit das 20. Land, das den Euro als offizielle Währung einführt. Die Abgeordneten forderten jedoch von der kroatischen Regierung nachhaltige Anstrengungen, um eine weitere Preiskonvergenz zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Einführung des Euro nicht zu künstlichen Preissteigerungen führt.
- **Tschechien – Vorstellung der wichtigsten Ziele der neuen EU-Ratspräsidentschaft:** Der tschechische Premierminister *Petr Fiala* stellte das Programm und die wichtigsten Ziele der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft vor. Die Tschechische Republik hat am 01.07.2022 die Ratspräsidentschaft von Frankreich übernommen. Schwerpunkt ist das Thema Energieversorgungssicherheit.
- **Reihe „Das ist Europa“ – Rede des griechischen Ministerpräsidenten:** Der griechische Ministerpräsident *Kyriakos Mitsotakis* sprach im Rahmen der Reihe „Das ist Europa“ über die Notwendigkeit, die EU zu erweitern und zu vertiefen. Als Reaktion auf die Rede verwiesen Abgeordnete u. a. auf die wichtige Rolle Griechenlands beim Schutz der EU-Außengrenzen.

Die nächste Plenartagung in Straßburg findet vom 12.09.2022 - 15.09.2022 statt.

[Presseerklärungen des EP](#) (in englischer Sprache)

INSTITUTIONELLES

Kommission unterstützt Frieden zwischen Irland und Nordirland

Auch knapp 25 Jahre nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens ist der innerirische Frieden nicht selbstverständlich. Ein neu aufgelegtes Programm sorgt für die fortlaufende Unterstützung der Kommission für Frieden und Versöhnung zwischen Irland und Nordirland. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird unter dem Namen PEACE PLUS mit 235 Mio. € aus Mitteln für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstützt.



Das PEACE PLUS Programm fasst die bisherigen Finanzierungsstränge INTERREG und PEACE für den Zeitraum 2021 - 2027 zusammen. Zusammen mit dem finanziellen Engagement des Vereinigten Königreichs und der zusätzlichen Kofinanzierung Irlands und Nordirlands ergibt sich eine Gesamtinvestition von 1,1 Mrd. €.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Befragungen zu Korruption: Kommission legt Eurobarometer vor

Sowohl Unternehmen als auch die Bürger in der EU sind der Ansicht, dass Korruption ein ernstes Problem ist. Das belegen zwei Sonder-Eurobarometer-Umfragen, die die Kommission vorgelegt hat.

Gute zwei Drittel der befragten Bürger (68 %) glauben, dass Korruption in ihrem Land nach wie vor weit verbreitet ist. Im Mittelpunkt stehen dabei nationale öffentliche Einrichtungen. Hier gehen 74 % der Befragten von einem Problem aus. Es folgen politische Parteien (58 %) sowie lokale, regionale und nationale Politiker (55 %).

Zugleich blicken die Europäer pessimistisch auf Maßnahmen, die auf nationaler Ebene zur Bekämpfung der Korruption als Straftat ergriffen werden. Nur eine Minderheit (37 %) ist der Ansicht, dass Maßnahmen gegen Korruption unparteiisch und ohne innere Motive durchgeführt werden. Zudem glauben nur 34 %, dass es genügend erfolgreiche Strafverfolgungs-Maßnahmen gibt, um Menschen von korrupten Praktiken abzuschrecken. Den Aussagen, dass die Bemühungen der nationalen Regierung zur Korruptions-Bekämpfung wirksam sind bzw. dass die Finanzierung politischer Parteien in ihrem Land ausreichend transparent ist und überwacht wird, stimmen lediglich 31 % zu.

Eine große Mehrheit der Unternehmen ist dagegen der Ansicht, dass enge Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik in ihrem Land zu Korruption führen (79 %) und dass Günstlingswirtschaft und Korruption den Wettbewerb zwischen Unternehmen behindern (70 %).

[Sonder-Eurobarometer-Umfragen](#) (in englischer Sprache)

INTERNATIONALES

Von der Leyen: „Europa wird Ukraine bis zum allerletzten Schritt in die EU begleiten“

EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 01.07.2022 in einer Video-Ansprache vor dem ukrainischen Parlament die Fortschritte der Ukraine auf dem Weg in die EU gelobt. Sie machte erneut deutlich, vor welchen Herausforderungen das Land als EU-Beitrittskandidat stehe und versicherte, den Weg der Ukraine „bis zum allerletzten Schritt in die Europäische Union“ zu begleiten.

„Die Ukraine hat nun eine klare europäische Perspektive und ist EU-Beitrittskandidat – das erschien vor nur fünf Monaten fast unvorstellbar. Daher sollten wir heute in erster Linie diesen historischen Meilenstein feiern.“, so die Präsidentin in ihrer Rede. Die nächsten Etappen in Richtung EU-Mitgliedschaft seien in Reichweite. „Sie werden jedoch harte Arbeit, Entschlossenheit und vor allem ein einheitliches Ziel erfordern.“



Die internationale Gemeinschaft setze sich dafür ein, die Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. „Ihr europäischer Weg und der Wiederaufbau des Landes werden Hand in Hand gehen. Die Ukraine wird vorangehen. Umfangreiche Investitionen müssen getätigt werden. Doch um ihre Wirkung zu maximieren und das Vertrauen der Unternehmen zu stärken, müssen Investitionen mit einer neuen Reformwelle einhergehen.“, so die Präsidentin weiter.

Ursula von der Leyen benannte hier insbesondere wichtige Fortschritte, die die Ukraine beim Kampf gegen Korruption bereits erzielt hat, es brauche aber weitere Anstrengungen. Eine neue Leitung der Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung sowie ein neuer Direktor oder eine neue Direktorin des Nationalen Amtes für Korruptionsbekämpfung der Ukraine sollten so bald wie möglich ernannt werden.

[Die vollständige Rede der Präsidentin](#)

Praktische Umsetzung des Brexit: Labour-Chef *Keir Starmer* bringt neue Vorschläge ins Spiel

Mit Blick auf die 2024 anstehenden Unterhauswahlen schloss der Chef der oppositionellen Labour-Partei *Keir Starmer* in einer Grundsatzrede am 04.07.2022 aus, dass eine mögliche Labour-Regierung das Vereinigte Königreich wieder in den EU-Binnenmarkt mit der Personenfreizügigkeit oder in die Zollunion führen würde.

Gleichzeitig ging *Starmer* in die Offensive und kritisierte den Brexit des scheidenden Premierministers *Boris Johnson*. Ende 2019 hatte der Premierminister mit dem Slogan „Get Brexit Done“ die Wahlen gewonnen, nun lanciert Labour den Wahlspruch „Make Brexit Work“. Konkret bringt *Starmer* etwa praktische Verbesserungen des Freihandelsabkommens ins Spiel: So schlägt die Labour-Partei Vereinfachungen für Musiker vor, die für Auftritte auf den europäischen Kontinent reisen, eine engere außenpolitische Kooperation sowie ein Abkommen über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen, das aus EU-Sicht wohl aber nicht unumstritten wäre.

Am wichtigsten ist der Vorschlag eines Veterinärabkommens mit der EU nach Schweizer Vorbild, in dem das Vereinigte Königreich EU-Regeln zum Export von tierischen Produkten übernehme. Dies würde die Notwendigkeit für Zollkontrollen zwischen der britischen Insel und Nordirland minimieren und damit auch den Streit um das Nordirland-Protokoll entscheidend entschärfen. Ein solches Abkommen hätte einen begrenzten Souveränitätsverlust zur Folge, würde aber die Gefahr eines Handelskriegs bannen – und die Teilnahme am EU-Forschungsprogramm Horizon Europe sichern, das Brüssel derzeit wegen des Streits um Nordirland blockiert.

[Pressemitteilung der Labour-Partei](#) (in englischer Sprache)



MEDIEN

Journalismus: EU fördert Online-Medien für junge Menschen mit 9 Mio. €

Wie können Medieninhalte zu aktuellen europäischen Themen besonders junge Menschen erreichen? Interessierte Medienorganisationen und gemeinnützige Einrichtungen können ab sofort ihre Vorschläge dazu einreichen. Die Kommission stellt dafür 9 Mio. € zur Verfügung, finanziert über das Programm „Kreatives Europa“.

Produziert werden sollen tägliche, zuverlässige und zum Nachdenken anregende Inhalte aus ganz Europa. Das Projekt wird junge Menschen dabei unterstützen, Perspektiven aus ganz Europa zu vergleichen. Es soll sie durch attraktive Inhalte in verschiedenen europäischen Sprachen ansprechen. Ziel ist es, die demokratische Teilhabe junger Menschen in verschiedenen sozialen, sprachlichen und Altersgruppen zu fördern.

Nach zwei Pilotaufrufen in den Jahren 2020 - 2021 hat die Kommission mit dieser dritten Aufforderung die EU-Unterstützung für unabhängigen Journalismus deutlich aufgestockt. Bewerben können sich Konsortien, die mindestens fünf Organisationen aus mindestens fünf Mitgliedstaaten umfassen. Deadline für die Einreichung von Vorschlägen ist der 24.10.2022. Die Projekte werden im kommenden Frühjahr starten.

[Daily News vom 08.07.2022](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Informelle Tagung des Innenrates am 11.07.2022

Am 11.07.2022 fand in Prag ein informelles Treffen der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten statt. Die Minister erörterten die sicherheitspolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine und den verstärkten Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern. Neben den EU-Innenministern nahmen auch die EU-Kommissarin für Inneres, *Ylva Johansson*, Vertreter der assoziierten Schengen-Länder, die Innenminister der Ukraine und der Republik Moldau, Vertreter des Europäischen Parlaments und der EU-Agenturen an dem Treffen teil. Kommissarin *Johansson* kündigte die Einrichtung einer Unterstützungsstelle für Moldawien an (siehe dazu entsprechenden Beitrag in diesem EB). Außerdem stellte die Kommission den im eu-LISA Verwaltungsrat beschlossenen neuen Zeitplan für die Umsetzung der Interoperabilitäts-VO vor. Nach dem neuen Zeitplan würden anders als bisher vorgesehen EES (das Entry/Exit-System) im Mai 2023 und ETIAS (das European Travel Information and Authorisation System) im November 2023 in Betrieb genommen. Weiterer Schwerpunkt des Ministertreffens war die Verbesserung der Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, insbesondere im Zusammenhang mit der kürzlich von der Kommission vorgeschlagenen Verordnung. Der von der Kommission vorgeschlagene neue Rechtsrahmen soll eine bessere Prävention und Bestrafung von sexuellem Kindesmissbrauch ermöglichen. Nach dem Vorschlag der Kommission soll in jedem Mitgliedstaat eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden, die für die Umsetzung und Durchsetzung der Verordnung sowie für die Koordinierung auf nationaler Ebene zuständig ist. Der Verordnungsentwurf sieht auch die Einrichtung eines EU-Zentrums gegen sexuellen Kindesmissbrauch vor. Der nächste Innenrat findet im Oktober 2022 statt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

STRAßENVERKEHR

Ukrainische Führerscheine behalten ihre Gültigkeit

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 07.07.2022 mit 561 zu sechs Stimmen bei fünf Enthaltungen dafür gestimmt, dass die Führerscheine von ukrainischen Flüchtlingen, die in der EU vorübergehend Schutz gefunden haben, weiterhin gültig bleiben sollen (bis maximal zum 06.03.2025). Solange der Schutzstatus gilt, können die Mitgliedstaaten damit auch bei Verlust oder Diebstahl neue Führerscheine ausstellen, sofern von den ukrainischen Behörden bestätigt wird, dass die jeweilige Person in der Ukraine einen gültigen Führerschein besaß. Auch LKW- und Busfahrer sollen nach einem kurzen Fahrtraining mit anschließendem Test weiterhin in der EU fahren dürfen, womit diese in der Union arbeiten und einen Beitrag zum Export ukrainischer Güter leisten können. Der Entwurf der Vorschriften muss nun vom EU-Rat förmlich angenommen werden. Die Verordnung wird fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



EU-Vorschriften zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit werden verpflichtend

Seit 06.07.2022 gelten Vorschriften der Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen, die den Rechtsrahmen für die Genehmigung automatisierter und vollständig fahrerloser Fahrzeuge in der EU schaffen sollen (siehe dazu auch Beitrag des StMB in diesem EB). Die Kommission wird auf Grundlage der Verordnung noch im Sommer technische Vorgaben für die Genehmigung von fahrerlosen Fahrzeugen vorlegen. Nächstes Jahr werden zudem die Vorschriften zur technischen Überwachung von Fahrzeugen überarbeitet, wobei die Kommission in einer öffentlichen Konsultation um Mithilfe bittet. Ziel der neuen Verordnung ist es, Fahrzeuginsassen, Fußgänger und Radfahrer besser zu schützen. So sollen bis 2038 mehr als 25.000 Menschenleben gerettet und mindestens 140.000 schwere Verletzungen vermieden werden können.

[Pressemitteilung](#)

[Zur Konsultation](#)

SICHERHEIT

Frontex Grundrechtsbeauftragter veröffentlicht Jahresbericht für 2021

Der Grundrechtsbeauftragte von Frontex (Fundamental Rights Officer - FRO) veröffentlichte am 22. Juni 2022 seinen Jahresbericht für 2021 und gab einen Überblick über seine Tätigkeiten im Jahr 2021. Der Beauftragte ist unabhängig und hat die Aufgabe, die Umsetzung der Grundrechtsverpflichtungen durch Frontex im Einklang mit internationalem Recht und Unionsrecht zu überwachen, Verstöße festzustellen und gegebenenfalls Ratschläge zu erteilen. Der Bericht unterstreicht, basierend auf verschiedenen Quellen, die wesentlichen Beobachtungen und Empfehlungen des Beauftragten und gibt Auskunft über die Umsetzung der Grundrechtsstrategie und des diesbezüglichen Aktionsplans durch Frontex, welche beide 2021 implementiert wurden, sowie die Einzelbeschwerden, welche über das Frontex-Beschwerdeverfahren erhoben wurden.

[Zum Jahresbericht 2021](#) (in englischer Sprache)

Abkommen zwischen der EU und Neuseeland zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus

Am 30.06.2022 haben die EU und Neuseeland ein Abkommen über den Austausch personenbezogener Daten zwischen Europol und Neuseeland zur besseren Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus unterzeichnet. Die Vereinbarung soll die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden fördern und gleichzeitig einen starken Schutz fundamentaler Rechte wie vor allem des Datenschutzes gewährleisten. Die Beamten von Europol sollen dadurch in der Lage sein, die neuseeländischen Behörden im Einzelfall bei Ermittlungen, konkret bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität, sexuellem Kindesmissbrauch und Internetkriminalität, zu unterstützen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



39 Festnahmen bei internationalem Spezialeinsatz gegen Schleuserbande

Ein grenzüberschreitender Spezialeinsatz (sogenannte 'Operational Task Force' - OTF) der Strafverfolgungsbehörden aus Belgien, Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und der Niederlande mit maßgeblicher Unterstützung von Eurojust und Koordinierung durch Europol hat am 05.07.2022 zu 39 Festnahmen (9 in Frankreich, 18 in Deutschland, sechs in den Niederlanden und sechs im Vereinigten Königreich) geführt. Dabei wurden auch drei der mutmaßlichen Drahtzieher („High Value Targets“) verhaftet. Der Einsatz richtete sich gegen eine der größten Schleuserbanden Europas. Bei der Aktion waren grenzüberschreitend hunderte Polizisten im Einsatz und an über 50 Orten fanden Durchsuchungen statt. Insgesamt wurden über 1200 Schwimmwesten, etwa 150 Schlauchboote, fast 50 Motoren und Bargeld, Schusswaffen, Fahrzeuge und Drogen im Wert von rund 40.000 € sichergestellt. Das Netzwerk betrieb mindestens seit Oktober 2020 hochprofessionellen Menschenschmuggel mit eigener Infrastruktur und Logistik, indem es irreguläre Migranten für zwischen 2.500 und 3.000 € pro Person über den Ärmelkanal von Frankreich in das Vereinigte Königreich brachte und so geschätzte Einnahmen von 15 Mio. € erzielte. Der Menschenschmuggel in kleinen Booten ist hochgefährlich und hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2021 versuchten fast 50.000 irreguläre Migranten den Ärmelkanal zu überqueren, dreimal so viele wie im Jahr zuvor.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

EU eröffnet Unterstützungsstelle in Moldawien

Am 11.07.2022 haben EU-Innenkommissarin *Ylva Johansson* und die moldawische Innenministerin *Ana Revenco* eine Unterstützungsstelle der EU für innere Sicherheit und Grenzmanagement in Moldawien eröffnet. Die Unterstützungsstelle soll sich auf die Bereiche Schusswaffenhandel, Schleusung von Migranten, Menschenhandel, Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus, Cyberkriminalität und Drogenhandel spezialisieren. Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine komme Moldawien aufgrund seiner geografischen Lage eine Schlüsselrolle zu, die kriminellen und sicherheitspolitischen Auswirkungen des russischen Einmarsches in die Ukraine zu bewältigen. Die Unterstützungsstelle soll daher auch Ausdruck der europäischen Perspektive für das Land sein.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Empfehlung des Europäischen Parlaments für eine Vereinbarung der EU mit Interpol

In einem Bericht vom 05.07.2022 stellten die EU-Abgeordneten ihre Haltung gegenüber einer neuen Kooperationsvereinbarung zwischen der EU und Interpol klar. Mit 607 zu 13 Stimmen bei elf Enthaltungen nahm das Europäische Parlament (EP) eine Empfehlung an den Rat und die Kommission an, in der ein Zugang zu den Datenbanken von Interpol für die EU-Behörden Europol, EPPO, Eurojust und Frontex und so eine stärkere Zusammenarbeit gefordert wird. Dabei müssten jedoch starke Transparenz herrschen und die europäischen



Datenschutzvorschriften eingehalten werden. Personenbezogene Daten dürften nicht zur Nutzung in Verbindung mit der Vollstreckung von Todesstrafen oder unwürdiger Behandlung von Menschen weitergegeben werden. Dem politisch motivierten Missbrauch von sogenannten *Red Notices* (d. h. die Ersuchen um Verhaftung einer Person in einem anderen Land) – in der Vergangenheit vor allem durch Russland – müsse entgegengewirkt werden. Das Zugangsrecht von Russland und Belarus zu den Datenbanken von Interpol müsse widerrufen und die Länder insgesamt von Interpol ausgeschlossen werden, da andernfalls die Kooperation der internationalen Strafverfolgungsbehörden und auch der EU mit Interpol gefährdet sei. Die Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen sind im Gange. Nach Abschluss der Verhandlungen ist für die Ratifizierung die Zustimmung des EP erforderlich.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

TERRORISMUS

Europol veröffentlicht Jahresbericht über die Lage und Entwicklung des Terrorismus in der EU

Europol hat am 13.07.2022 den Bericht über die Lage und Entwicklung des Terrorismus in der EU im Jahr 2021 veröffentlicht. Der Bericht basiert auf geprüften qualitativen und quantitativen Daten, die von den Mitgliedstaaten zu Terroranschlägen, Festnahmen und Gerichtsentscheidungen wegen terroristischer Straftaten übermittelt wurden. Obwohl sich der Bericht in erster Linie mit dem Terrorismus befasst, werden in dem Bericht auch spezifische gewalttätige extremistische Vorfälle, Handlungen und Aktivitäten dargestellt, sofern diese relevant und verfügbar sind und von den Mitgliedstaaten gemeldet wurden. Die Terrorismusgefahr in Europa sei trotz der zurückgegangenen Zahl der Anschläge weiterhin groß. Vor allem von Einzeltätern mit einem dschihadistischen Hintergrund und von Rechtsextremisten gehe Gefahr aus. Gefahren drohen Europa den Experten zufolge auch von Gegnern der Corona-Maßnahmen sowie Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. 2021 hatten Ermittler in den EU-Staaten 15 Anschläge mit terroristischem Hintergrund registriert, darunter sind auch gescheiterte und vereitelte Versuche. Das waren dem Bericht zufolge deutlich weniger als im Vorjahr mit 57 Anschlägen. 388 Verdächtige wurden festgenommen, zwei Drittel wegen mutmaßlicher islamistischer Attacken in Österreich, Frankreich und Spanien. 2020 waren es 449 Festnahmen, 2019 sogar 723.

[Zum Jahresbericht](#) (in englischer Sprache)

ASYL UND MIGRATION

Leitfaden der Kommission für die Aufnahme von Geflüchteten veröffentlicht

Als Teil der Initiative „Safe Homes“ hat die Kommission am 06.07.2022 Leitlinien veröffentlicht, die die Mitgliedstaaten bei der Unterbringung ukrainischer Schutzbedürftiger unterstützen sollen. Der Leitfaden zieht Lehren aus den Erfahrungen, die seit der Ankunft der ersten Vertriebenen aus der Ukraine gemacht wurden (z. B. Sicherheitsbedenken bei privaten Wohnungsangeboten, ungeeignete Unterkünfte, unzureichende Unterbringung von Menschen mit Behinderung, Kindern oder Menschen, die eine spezielle medizinische



Versorgung benötigen, fehlende Unterstützung der Gastgeber etc.) und stellt Grundsätze und Praktiken vor, um etwa sicherzustellen, dass private Unterkünfte für die Geflüchteten geeignet und sicher sind. Der Leitfaden ist ein weiteres Ergebnis des sog. Zehn-Punkte-Plans, um die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine besser zu koordinieren und legt einen Schwerpunkt auch auf nachhaltige Wohnlösungen für die Zukunft. Insbesondere sieht er die Unterstützung transnationaler Integrationsprojekte und kommunaler Patenschaftsprogramme durch verfügbare EU-Mittel vor. Aus Deutschland wird das „Zentrum Überleben“ als positives Beispiel hervorgehoben, welches sowohl Gastgebern, als auch den aufgenommenen Personen online Unterstützung einschließlich psychologischer Betreuung anbietet.

[Pressemitteilung](#)

[Safe Homes Leitfaden](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet zur Safe Homes Initiative](#) (in englischer Sprache)

EU-Asylbehörde EUAA legt Asylbericht vor

Die Asylbehörde der EU (EUAA) hat am 28.06.2022 ihren jährlichen Asylbericht für die EU veröffentlicht. Der Bericht untersucht die Auswirkungen von Ereignissen aus dem Jahr 2021 wie die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und der ersten Jahreshälfte 2022 wie vor allem des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. 2021 gingen bei den EU-Mitgliedstaaten 648.000 Asylanträge ein, was eine Zunahme von einem Drittel gegenüber dem Vorjahr darstellt und der Zahl aus dem Jahr 2018 entspricht. Die unter den Bewerbern am häufigsten vertretenen Nationalitäten sind syrisch (117.000) und afghanisch (102.000). Vier Prozent der Asylanträge stammen von unbegleiteten Minderjährigen, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von zwei Dritteln darstellt. Insgesamt wurden 2021 34 % der geprüften Anträge anerkannt. Als Folge des russischen Einmarsches in die Ukraine sind in der ersten Jahreshälfte von 2022 rund sechs Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, von denen 3,4 Millionen vorübergehenden Schutzstatus in der Union erlangt haben und 2,6 Millionen wieder in die Ukraine zurückgekehrt sind. Solidarität sei der Grundstein für das gemeinsame europäische Asylsystem nach der Dublin-Verordnung. Die Reaktion der Mitgliedstaaten auf die Krise in der Ukraine zeige, dass der politische Wille, einen sicheren europäischen Raum durch gegenseitige Unterstützung zu schaffen, wenn nötig, vorhanden sei.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Zum Bericht](#) (in englischer Sprache)

Kommission und Marokko erneuern Partnerschaft im Bereich Migration und Bekämpfung von Schleusernetzen

EU-Kommissarin *Ylva Johansson* und der spanische Innenminister *Fernando Grande-Marlaska* trafen im Rahmen des regelmäßigen politischen Dialogs zwischen dem Königreich Marokko und der EU am 08.07.2022 in Rabat auf den marokkanischen Innenminister *Abdelouafi Laftit*. Sie betonten dabei die Wichtigkeit ihrer Zusammenarbeit und kamen überein, ihre Partnerschaft zu erneuern, um gemeinsam gegen die äußerst



gewalttätigen Schleusernetze vorzugehen. Durch die Anstrengungen Marokkos konnten im ersten Halbjahr 2022 mehr als 26.000 irreguläre Ausreisen nach Europa verhindert werden, ein Zehntel derer, die die Überfahrt wagten, auf hoher See gerettet und rund 100 kriminelle Schleusernetze zerschlagen werden. Dennoch gibt es immer wieder zahlreiche Todesopfer unter den Menschen, die versuchen, irregulär in die EU einzureisen. Die neue operative Partnerschaft zwischen der Kommission und Marokko zur Bekämpfung des Menschenhandels soll u. a. die Unterstützung des Grenzmanagements, die Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit einschließlich gemeinsamer Ermittlungen, die Sensibilisierung für die Gefahren der irregulären Migration und die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den für Inneres zuständigen Agenturen der EU umfassen.

[Pressemitteilung](#)

FREIZÜGIGKEIT

Rat nimmt Verhandlungsmandat zur Visaliberalisierung für Kuwait und Katar an

Der Rat hat den ersten Schritt auf dem Weg zur Visaliberalisierung für Kuwait und Katar getan, indem er den Vorschlag der Kommission bestätigte, Bürgerinnen und Bürger dieser Länder, die für höchstens 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen in die EU reisen, von der Visumpflicht zu befreien. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASStV) hat am 29.06.2022 ein entsprechendes Verhandlungsmandat des Rates gebilligt, sodass der Vorsitz auf dessen Grundlage nun Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) aufnehmen kann. Die Kommission hatte am 27.04.2022 einen Vorschlag zur Befreiung der Visumpflicht für Staatsangehörige Kuwaits und Katars veröffentlicht. Die Visaliberalisierung soll nach Abschluss bilateraler Abkommen mit den beiden Ländern gelten, um sicherzustellen, dass die vollständige Gegenseitigkeit der Befreiung für die Bürgerinnen und Bürger der EU gewahrt bleibt und die Zuständigkeiten für die Rückübernahme von Staatsangehörigen der Vertragsparteien, bei denen es sich um irreguläre Migranten handelt, zu klären. Zudem sollte die Ausnahme erst nach der für 2023 geplanten Inbetriebnahme des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) in Kraft treten. Sobald die neue Visaregelung mit dem EP vereinbart und förmlich angenommen ist, werden die Länder in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 (Länder, deren Staatsangehörige für die Einreise in den Schengen-Raum kein Visum benötigen) überführt.

[Pressemitteilung](#)

[Verhandlungsmandat](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

UKRAINE/EU

Kommission schließt Straßengüterverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau ab

Am 28.06.2022 hat die Kommission zwei Straßengüterverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau im Rahmen der EU-Verkehrstage (TEN-T-Days) in Lyon abgeschlossen. Bereits am 21.06.2022 hatte die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur vorübergehenden Lockerung der Anforderungen an ukrainische Führerscheine (EB 12/22) und einen Aktionsplan zur Erleichterung des Gütertransports mit der Ukraine vorgelegt (EB 10/22). Vorübergehend brauchen Transportunternehmen aus der Ukraine bis zum 30.06.2023 und aus der Republik Moldau bis zum 31.03.2023 keine Genehmigungen für den Güteraustausch mit der EU. Kabotagerechte werden durch die Vereinbarungen nicht gewährt. Nach Ansicht der Kommission könnten die Abkommen ein erster Schritt für dauerhafte Verkehrsbeziehungen mit den beiden EU-Beitrittskandidaten sein. Die Kommission wird die Vergrößerung eines Straßen-Schienen-Umschlagterminals in der Slowakei mit 45 Mio. € aus der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) fördern, das nahe der ukrainischen Grenze sowohl mit mitteleuropäischer- als auch ukrainischer Schienenspurbreite angefahren werden kann (EB 12/22). Darüber hinaus sollen die transeuropäischen Verkehrskorridore (TEN-V) um die Ukraine und die Republik Moldau erweitert werden. In zusätzlichen Abkommen wurden die wichtigsten Straßen, Bahnstrecken und Binnenwasserstraßen in die TEN-V-Karten aufgenommen. Laut Kommission ist ein Anspruch auf CEF-Fördermittel mit diesem Schritt noch nicht verbunden. Ferner hat sich auch der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (TRAN) mit der verkehrlichen Anbindung der Ukraine auseinandergesetzt (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[EU-Straßenverkehrsabkommen](#) (in englischer Sprache)

Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments erörtert verkehrliche Anbindung der Ukraine

Am 27.06.2022 hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (TRAN) eine Aussprache mit dem stellvertretenden ukrainischen Infrastrukturminister, *Mustafa Nayyem*, geführt. Zuvor war am 17.05.2022 der ukrainische Infrastrukturminister, *Oleksandr Kubrakov*, zu Gast im TRAN-Ausschuss (EB 10/22). Das Europäische Parlament (EP) hatte am 05.05.2022 eine EntschlieÙung zu den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts auf Verkehr und Tourismus gefasst (EB 09/22). Nach Auskunft des stellvertretenden ukrainischen Infrastrukturministers geht aktuell rund 40 % des Exports der Ukraine in die EU. Durch gemeinsame Zollkontrollen an den Grenzen zu den EU-Mitgliedstaaten soll die Ukraine schrittweise in die EU-Zollunion integriert werden. Im Moment könne der Transport nur über den Straßen- und Schienengüterverkehr erfolgen. Mehr als 25 Mio. t Getreide würden sich noch in der Ukraine befinden und drohen zu verderben (EB 12/22). Nach Ansicht der Ukraine seien die EU-Solidaritätskorridore für den Gütertransport nicht ausreichend. Mehr als 300 Straßenbrücken, 50 Eisenbahnbrücken und 25 Bahnhöfe wurden zerstört. Die



ukrainischen Seehäfen seien aktuell für den Gütertransport keine Option. Die Ukraine würde Seerouten unter Begleitschutz von rumänischen und bulgarischen Kriegsschiffen begrüßen. Mit Blick auf den Landtransport werden mehr finanzielle Mittel für den Ausbau von Fahrspuren und neuen Grenzübergängen benötigt. Daneben könnten durch die Beschaffung von Schnell-Scannern sowie die Bereitstellung von mehr Personal und vereinfachten Verfahren für Zollkontrollen die Wartezeiten an den Grenzen verkürzt werden. Für eine bessere verkehrliche Anbindung hat die Kommission am 28.06.2022 zwei Straßengüterverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau abgeschlossen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des TRAN-Ausschusses](#) (in englischer Sprache)

Ukrainische Führerscheine behalten ihre Gültigkeit

Am 07.07.2022 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) der vorübergehenden Lockerung der Anforderungen an ukrainische Führerscheine bis maximal zum 06.03.2025 zugestimmt (siehe Beitrag des StMI in diesem EB). Bereits am 21.06.2022 hatte die Kommission einen entsprechenden Verordnungsvorschlag vorgelegt (EB 12/22). Damit dürfen ukrainische Staatsbürger während der Dauer ihres vorübergehenden Schutzes in der EU ihre Führerscheine weiterhin benutzen, ohne diese umtauschen oder eine neue Fahrprüfung ablegen zu müssen. Gleichzeitig können ukrainische Lkw- und Busfahrer ihre Fahrdokumente ohne langwierige Verwaltungsverfahren nutzen. Die Befähigungsnachweise werden nach einem kurzen Lehrgang und einer Prüfung verlängert. Die Vorschriften müssen noch vom Rat formell angenommen werden. Im Anschluss tritt die Verordnung fünf Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

Kommission führt Konsultation zur Erweiterung des transeuropäischen Verkehrsnetzes durch

Bis zum 20.07.2022 führt die Kommission eine kurzfristige öffentliche Konsultation zur Erweiterung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) um die Ukraine und Republik Moldau durch. Dieser Schritt zur besseren verkehrlichen Anbindung wurde von der Kommission mit den beiden Ländern vereinbart und auch im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments (TRAN) erörtert (siehe weitere Beiträge in diesem EB). Laut Kommission ist mit der Aufnahme wichtiger Straßen, Bahnstrecken und Binnenwasserstraßen in die TEN-V-Karten noch kein Anspruch auf eine Förderung unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) verbunden. Gleichwohl soll damit ein erster Schritt zur verkehrlichen Integration der beiden EU-Beitrittskandidaten geleistet werden. Eine Annahme durch die Kommission ist im dritten Quartal 2022 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)



Rat beschließt weitere Liberalisierung des Agrarhandels mit der Republik Moldau

Am 18.07.2022 hat der Rat einer vorübergehenden Liberalisierung des Handels mit weiteren landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Republik Moldau zugestimmt (siehe weiteren Beitrag des StMELF in diesem EB). Bereits am 28.06.2022 hatte die Kommission zwei Straßengüterverkehrsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau abgeschlossen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Die Republik Moldau kann ein Jahr lang mindestens die doppelte Menge an Tomaten, Knoblauch, Tafeltrauben, Äpfel, Kirschen, Pflaumen und Traubensaft in die EU zollfrei einführen. Beim bestehenden Freihandelsabkommen mit der Republik Moldau waren diese sieben landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgenommen. Die Verordnung wird nun im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt einen Tag später in Kraft.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[EU-Straßenverkehrsabkommen](#) (in englischer Sprache)

GREEN DEAL

Europäisches Parlament legt Standpunkt zu ReFuelEU Aviation fest

Am 07.07.2022 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) seinen Standpunkt zum Verordnungsvorschlag zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für einen nachhaltigen Luftverkehr („ReFuelEU Aviation“) festgelegt (siehe Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits am 02.06.2022 hatte der EU-Verkehrsrat hierzu eine allgemeine Ausrichtung angenommen (EB 10/22). Nach dem Willen der Europaabgeordneten soll ab 2025 die Mindestquote für nachhaltige Flugkraftstoffe u. a. aus erneuerbaren Energien, Wasserstoff und Biokraftstoffen 2 % betragen, und schrittweise bis 2040 auf 37 % (Kommissionsvorschlag: 32 %) und bis 2050 auf 85 % (Kommissionsvorschlag: 63 %) steigen. Das EP hat auch die Einrichtung eines Fonds für nachhaltigen Flugverkehr von 2023 - 2050 vorgeschlagen. Die Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission können nunmehr beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

VERKEHRSPOLITIK

Kommission schlägt Vereinfachung der Verfahren zu staatlichen Beihilfen für nachhaltige Mobilität vor

Am 06.07.2022 hat die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Vereinfachung der Verfahren zu staatlichen Beihilfen für nachhaltige Mobilität dem Rat vorgelegt. Die Kommission soll ermächtigt werden, bestimmte Kategorien staatlicher Beihilfen für den Schienenverkehr, die Binnenschifffahrt und den multimodalen Verkehr auf der Grundlage der EU-Beihilfavorschriften von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung auszunehmen. Ziel ist es, nachhaltige Mobilitätsformen durch vereinfachte Beihilfeverfahren zu fördern. Laut Kommission haben insbesondere staatliche Beihilfen zur Unterstützung der Koordinierung des Verkehrs nur ein sehr begrenztes Potenzial zur Verfälschung des Wettbewerbs. Nach der Annahme durch den Rat möchte



die Kommission eine entsprechende Gruppenfreistellungsverordnung erlassen. Der Vorschlag wird nun im Rat erörtert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag der Kommission](#)

STRAßENVERKEHR

EU-Vorschriften zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit werden verpflichtend

Seit dem 06.07.2022 sind eine Reihe von Vorschriften der Verordnung (EU) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen im Hinblick auf ihre allgemeine Sicherheit und den Schutz der Fahrzeuginsassen und von ungeschützten Verkehrsteilnehmern verpflichtend. Die Verordnung über die allgemeine Fahrzeugsicherheit („General Safety Regulation“) wurde am 16.12.2019 im EU-Amtsblatt veröffentlicht und trat am 05.01.2020 in Kraft (EB 20/19). Damit werden Fahrerassistenzsysteme für neue Fahrzeugtypen verbindlich, wie z. B. ein intelligenter Geschwindigkeitsassistent, Notbremslicht, Notfall-Spurhalteassistent, Warnsystem bei Müdigkeit sowie Abbiege- und Rückfahrassistenten. Zudem soll der Rechtsrahmen für automatisiertes und vernetztes Fahren vervollständigt werden. Hierunter fallen für neue Fahrzeugtypen u. a. Systeme zur Kontrolle des Fahrers, für Echtzeit-Informationen und zur Weitergabe von Sicherheitsinformationen. Zudem wird die Kommission ermächtigt, weitere technische Vorschriften für die Zulassung vollständig fahrerloser Fahrzeuge im Sommer 2022 vorzulegen. Ab dem 07.07.2024 sollen die neuen Vorschriften für alle Neufahrzeuge gelten und bis 2029 auf die verschiedenen Arten von Straßenfahrzeugen ausgeweitet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/2144](#)

[Faktenblatt](#) (in englischer Sprache)

Kommission führt Konsultation zur technischen Überwachung von Fahrzeugen durch

Bis zum 28.09.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Regeln für die technische Überwachung von Fahrzeugen durch. Bereits im November 2021 hatte die Kommission hierzu eine Befragung durchgeführt (EB 16/21). Im Mittelpunkt stehen sowohl die Straßenverkehrssicherheit als auch die Umweltverträglichkeit eines Fahrzeugs während der gesamten Lebensdauer. Aufgrund des technologischen Fortschritts müssten auch die Fahrzeugprüfungen angepasst werden. Visuelle und mechanische Prüfungen sollen stärker durch die Auswertung von Betriebsdaten über die elektronische Fahrzeugschnittstelle ersetzt werden. Diese Inspektionsform wird mit einem verbesserten Austausch von Fahrzeugkontrolldaten innerhalb der EU einhergehen.

Die Harmonisierung der Vorschriften soll auch den grenzüberschreitenden Fahrzeughandel verbessern.



Die Annahme der Richtlinie durch die Kommission ist für Mitte 2023 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission fordert zur Einreichung grenzüberschreitender Schienenverkehrsprojekte auf

Am 30.06.2022 hat die Kommission zur Einreichung von Projektvorschlägen zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs im Rahmen der EU-Verkehrstage (TEN-T-Days) in Lyon aufgefordert. Bereits am 14.12.2021 hatte die Kommission ihren Aktionsplan zur Förderung des grenzüberschreitenden Schienenpersonenfernverkehrs vorgelegt (EB 20/21). Ziel ist es, dass durch verbesserte Bahndienste die Verbindungen schneller, häufiger und günstiger gemacht werden. Eisenbahnunternehmen, Infrastrukturbetreiber und zuständige Behörden können bis zum 31.10.2022 entsprechende Projektvorschläge einreichen. Die Kommission möchte die Akteure bei der Umsetzung unterstützen. Die Ergebnisse der Bewertung sollen im Januar 2023 veröffentlicht werden. Parallel hierzu läuft aktuell ein Projektauftrag unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF 2.0) bis zum 29.09.2022 zur Förderung der militärischen Mobilität in der EU (EB 12/22). Ein weiterer allgemeiner Projektauftrag unter CEF 2.0 soll im September 2022 gestartet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

BINNENSCHIFFFAHRT

Kommission fordert u. a. Deutschland zur Einhaltung von EU-Vorschriften im Rahmen der Donaukommission auf

Am 15.07.2022 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, Kroatien, Österreich und Ungarn mit der Übermittlung von Aufforderungsschreiben eröffnet, da die vier Mitgliedstaaten bei der 96. Plenartagung der Donaukommission für einen Beschluss über die Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern ohne die Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts der EU gestimmt haben. Die Bestimmungen zur Anerkennung von Zeugnissen aus Drittländern werden in der Richtlinie (EU) 2021/1233 geregelt. Nachdem die EU hier die ausschließliche Außenkompetenz hat, hätten die vier Mitgliedstaaten nach Ansicht der Kommission nicht einseitig handeln dürfen. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf das Aufforderungsschreiben zu antworten. Anderenfalls kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinie \(EU\) 2021/1233](#)



LUFTVERKEHR

Kommission schlägt Flexibilisierung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen vor

Am 12.07.2022 hat die Kommission eine Flexibilisierung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen vorgeschlagen. Bereits im Mai 2022 hatte die Kommission eine Befragung hierzu durchgeführt (EB 09/22). Aufgrund der Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie wurde eine Verlängerung der Zeitnischenregelung auf Flughäfen für den Sommerflugplan vom 28.03. - 29.10.2022 beschlossen (EB 20/21). Während Fluggesellschaften normalerweise 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), wurde der Schwellenwert auf 64 % im Sommerflugplan 2022 gesenkt. Aufgrund der neuen Unsicherheiten durch den Ukraine-Konflikt sollen die Regelungen für den Winterflugplan 2022/2023 flexibel gehandhabt werden. Die Kommission möchte ab dem 30.10.2022 wieder zur Standardnutzung von Start- und Landerechten i.H.v. 80 % zurückkehren. Gleichzeitig sollen Ausnahmen in Notsituationen angewandt werden, bei denen das Luftverkehrsaufkommen vier Wochen hintereinander unter 80 % im Vergleich zu den Zahlen für 2019 fällt. Die Kommission erhält dann das Recht, die Nutzungsrate abzusenken. Daneben soll eine 16-wöchige Erholungsphase nach Wiedereröffnung des ukrainischen Luftraums eingeräumt werden, bevor die ursprüngliche Zeitnischenregelung wieder greift. Bei Bedarf kann die Kommission die Nutzungsrate auf Flugstrecken zwischen der EU und der Ukraine absenken. Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Sollte dieser angenommen werden, treten die Bestimmungen zur Entlastung des Flugverkehrs am 30.10.2022 in Kraft und gelten bis zum 26.03.2024.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

BAUEN UND WOHNEN

Konsultation zur verbesserten Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht

Bis zum 05.10.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur verbesserten Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht durch (siehe Beitrag des StMUV in diesem EB). Der Ausschuss für die Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus stellte am 17.03.2021 fest, dass sich die EU nicht an das Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten gehalten habe. Nach dessen Ansicht werde es derzeit der Öffentlichkeit nicht ermöglicht, gegen Beschlüsse über Beihilfemaßnahmen vorzugehen. Bis Ende 2022 möchte die Kommission die Auswirkungen dieser Feststellung analysieren und mögliche Lösungen unter Berücksichtigung der EU-Beihilfavorschriften vorschlagen.

[Konsultation der Kommission](#)



Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen für das erste Quartal 2022

Am 08.07.2022 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das erste Quartal 2022 veröffentlicht (EB 08/22). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem ersten Quartal 2021 um +10,5 %. Dies ist die höchste jährliche Zunahme in der EU seit dem vierten Quartal 2006. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Tschechien (+24,7 %), Estland (+21,0 %) und Ungarn (+20,6 %). Es wurden keine Rückgänge registriert. In Deutschland stiegen die Hauspreise um +12,0 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Kommission veröffentlicht Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022

Die Kommission veröffentlichte am 13.07.2022 ihren jährlichen Rechtsstaatlichkeitsbericht. Ziel des Berichts ist es, die wichtigsten – positiven und negativen – Entwicklungen innerhalb der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten zu beleuchten. Dabei stehen vier Bereiche im Fokus: Justizsysteme, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und -freiheit sowie institutionelle Gewaltenteilung. Dieses Jahr enthält der Bericht erstmals länderspezifische Empfehlungen.

Zu Deutschland fällt der Bericht überwiegend positiv aus. Zum Justizsystem heißt es etwa, dass es als sehr unabhängig wahrgenommen werde und größtenteils effizient funktioniere. Empfohlen wird jedoch, die Bemühungen im Rahmen des neuen Pakts für den Rechtsstaat fortzusetzen und angemessene Ressourcen für das Justizsystem bereitzustellen, auch in Bezug auf die Besoldung von Richterinnen und Richtern. Im Bereich der präventiven Korruptionsbekämpfung empfiehlt die Kommission, die Pläne für neue Rechtsvorschriften für die Lobbyarbeit während des Gesetzgebungsverfahrens (sog. legislativer Fußabdruck) weiterzuverfolgen sowie die Vorschriften zum sog. Drehtüreffekt (u. a. durch eine Verlängerung der Karenzzeiten für Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre) zu stärken. Der Bericht soll eine Debatte über die Rechtsstaatlichkeit in der EU anstoßen, und zwar sowohl auf europäischer Ebene als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten. In dem Rechtsstaatlichkeitsbericht des nächsten Jahres werden insbesondere die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen untersucht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022 – Mitteilung](#)

[Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022 – Empfehlungen](#) (in englischer Sprache)

[Rechtsstaatlichkeitsbericht 2022 – Länderkapitel](#) (in englischer Sprache)

Informelle Tagung des Justizrats am 12.07.2022

Am 12.07.2022 trafen sich in Prag die Justizministerinnen und Justizminister der EU-Mitgliedstaaten zu einem informellen Treffen. Der Schwerpunkt des Treffens lag auf den aktuellen geopolitischen Herausforderungen. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich über die Sammlung und Sicherung von Beweisen zur Verfolgung von Verbrechen im Zusammenhang mit der russischen Aggression in der Ukraine aus. An der Debatte nahm auch der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag sowie der Justizminister der Ukraine und Vertreter von Eurojust teil. Vor dem Hintergrund der Situation von Flüchtlingen aus der Ukraine wurde auch erneut das Thema des Schutzes für vulnerable Erwachsene aufgegriffen. Zudem ging es um die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen in Bezug auf Drittstaaten. Zu diesem Punkt waren auch die Justizminister der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens eingeladen.



Am Vortag hatten sich bereits die Innenminister getroffen und sich u. a. zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission zur Verhütung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet ausgetauscht (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats](#) (in englischer Sprache)

Verbraucherausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Verbraucherkreditrichtlinie

Am 12.07.2022 nahm der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) seine Position zum Vorschlag für eine Neufassung der Verbraucherkreditrichtlinie an. Die Kommission hatte am 30.06.2021 einen Vorschlag dazu unterbreitet. Der Rat hatte seine Verhandlungsposition am 09.06.2022 angenommen. Die vom IMCO festgelegte Verhandlungsposition muss nun noch vom Plenum – voraussichtlich im September 2022 – bestätigt werden. Im Anschluss daran können die interinstitutionellen Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen. Die Abgeordneten schlagen vor, dass die Bestimmungen der neuen Richtlinie auch für Verbraucherkreditverträge von bis zu 150.000 € gelten sollen (anstatt 100.000 €), wobei die Obergrenze auf Grundlage der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt werden soll. Zudem sollte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) Leitlinien zur Kreditwürdigkeitsprüfung entwickeln. In der Frage des „ewigen Widerrufsrechts“ sprechen sich die Abgeordneten – wie bereits zuvor der Rat – für eine Begrenzung aus.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Zum Bericht und dem Abstimmungsergebnis](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Thermofenster ist unzulässige Abschaltvorrichtung

Der EuGH entschied am 14.07.2022, dass das Abschalten der Abgasreinigung bei Temperaturen, die im Unionsgebiet üblich sind, unzulässig ist (Rs. C-128/20, C-134/20, C-145/20). Gegenstand der Verfahren ist eine Software von VW. Die Software gewährleistet die volle Wirksamkeit der emissionsmindernden Vorrichtung nur bei Temperaturen im Bereich von 15 bis 33 °C (sog. Thermofenster). In den von österreichischen Gerichten angestregten Vorabentscheidungsverfahren ging es um ein Thermofenster aus einem Update der Software, die von Volkswagen zum Austausch einer unionsrechtswidrigen Software vorgenommen wurde. Das deutsche Kraftfahrt-Bundesamt hatte eine Genehmigung für dieses Update erteilt. Der EuGH verwies darauf, dass im Unionsgebiet Temperaturen von weniger als 15 °C üblich seien. Daher sei die Wirksamkeit der Abgasreinigung bei *normalem* Fahrzeugbetrieb eingeschränkt. Dies erfülle die Definition einer Abschaltvorrichtung nach Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2017. Eine solche Abschaltvorrichtung, die den überwiegenden Teil des Jahres funktionieren müsse, sei in jedem Fall unzulässig. Auf das Vorliegen von Ausnahmetatbeständen komme es daher nicht an. Dennoch äußerte sich der EuGH auch zu den Ausnahmetatbeständen. Er verwies darauf, dass ein Abschalten aus Motorschutzgründen nur dann „notwendig“ im Sinne der Verordnung sei, wenn keine andere technische Lösung einen Motorschaden abwenden kann. Dafür genüge es nicht, dass die Abschaltvorrichtung allein den Motor vor Verschmutzung und Verschleiß schützt. Zuletzt führt der EuGH aus,



dass eine solche Vertragswidrigkeit nicht „geringfügig“ i.S.v. Art. 3 Abs. 6 Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie (Richtlinie 1999/44) ist. Folglich ist die Vertragsauflösung nicht grundsätzlich ausgeschlossen (siehe auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil Rs. C-128/20](#)

[Urteil Rs. C-134/20](#)

[Urteil Rs. C-145/20](#)

Vorrang von EU-Recht: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen

Die Kommission hat am 15.07.2022 beschlossen, den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Verletzung des EU-Rechts durch den polnischen Verfassungsgerichtshof zu gehen. Sie wird eine mit Gründen versehene Stellungnahme übersenden, auf die Warschau binnen zwei Monate reagieren kann. In einem nächsten Schritt könnte die Kommission den EuGH anrufen. Bereits im Dezember 2021 hatte die Kommission ein erstes Aufforderungsschreiben an Polen übersandt (siehe auch EB 01/22). Das Antwortschreiben aus Polen von Februar 2022 vermochte die Bedenken der Kommission nicht auszuräumen. Hintergrund sind Urteile des polnischen Verfassungsgerichtshofs vom 14.07.2021 und 07.10.2021. Dort hatte der Verfassungsgerichtshof Bestimmungen der EU-Verträge als mit der polnischen Verfassung unvereinbar angesehen und damit den Vorrang von EU-Recht und die Verbindlichkeit von Entscheidungen des EuGH offen in Frage gestellt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Schutz von Hinweisgebern: Nächster Schritt im Vertragsverletzungsverfahren

Die Kommission hat am 15.07.2022 beschlossen, den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland (und vierzehn weitere Mitgliedstaaten) wegen des Schutzes von Hinweisgebern einzuleiten. Es soll eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt werden, da die Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Richtlinie (EU) 2019/1937), nicht in nationales Recht umgesetzt wurde. Die Richtlinie hätte bis 17.12.2021 umgesetzt werden müssen. Bereits im Januar 2022 hatte die Kommission ein Aufforderungsschreiben übersandt. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf die mit Gründen versehene Stellungnahme der Kommission zu antworten. In einem nächsten Schritt könnte der EuGH angerufen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Öffentliche Konsultation für die Überarbeitung des Rahmens für die Zwangslizenzierung von Patenten

Am 07.07.2022 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation für die Überarbeitung des Rahmens für die Zwangslizenzierung von Patenten in der EU. Insbesondere sollte die Effizienz des derzeitigen Verfahrens



für die Zwangslizenzierung von Patenten für die Ausfuhr in Länder mit Problemen im Bereich der öffentlichen Gesundheit (Verordnung (EG) Nr. 816/2006) geprüft werden. Ziel der Initiative ist es, ein stärker harmonisiertes Zwangslizenzierungssystem in der EU zu schaffen. Dabei sollte eine Zwangslizenzierung weiterhin als letztes Mittel in Fällen ergriffen werden, in denen freiwillige Vereinbarungen keinen Erfolg bringen. Als Regelungsoption werden – neben nichtlegislativen Maßnahmen wie Leitlinien und Empfehlungen – auch Zwangslizenzen auf EU-Ebene diskutiert, die sie möglicherweise auch lediglich auf pharmazeutische Erzeugnisse beschränken könnten. Bis 29.09.2022 können sich Interessensträger an der Konsultation beteiligen. Im ersten Quartal 2023 will die Kommission ihren Vorschlag präsentieren.

[Zur öffentlichen Konsultation](#)

Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und aggressiven Steuerplanung durch Vermittler

Die Kommission startete am 06.07.2022 eine öffentliche Konsultation für einen Richtlinienvorschlag des Rates zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung. Mit der Initiative soll gegen die Rolle der Vermittler („enabler“) bei der Schaffung von komplexen und intransparenten Strukturen vorgegangen werden. Bis 12.07.2022 kann man an der Konsultation teilnehmen. Die Annahme des Richtlinienvorschlags ist für Anfang 2023 geplant (siehe auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Zur Initiative der Kommission](#)

[Zur öffentlichen Konsultation](#)

Verbraucherschutz: Fluggesellschaften erstatten mehr als 500.000 Fluggutscheine

Auf Drängen der Kommission und nationaler Verbraucherschutzbehörden bestätigten 16 europäische Fluggesellschaften, dass sie über 500.000 Flugscheine erstattet haben, die Verbraucher infolge von Flugannullierungen wegen der COVID-19-Pandemie annehmen mussten. Zahlreiche Fluggesellschaften hatten für die massiven Flugannullierungen insbesondere zu Beginn der COVID-19-Pandemie nicht die Flugpreise erstattet, sondern vergaben Gutscheine an ihre Kunden. Das widersprach jedoch der Fluggastrechteverordnung und der Pauschalreiserichtlinie.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Kommission stellt neue Innovationsagenda vor

Am 05.07.2022 hat die Kommission ihre Mitteilung zu einer Neuen Innovationsagenda („New European Innovation Agenda“) veröffentlicht. Mit dieser formuliert sie Strategien und Maßnahmen, mit denen die Innovationsfähigkeit Europas noch weiter vorangetrieben und die EU als weltweit führender Innovationsraum positioniert werden soll. Insbesondere technologieintensive Innovationen („Deep Tech Innovations“) könnten demnach die entscheidenden Impulse zur Bewältigung der drängendsten globalen Herausforderungen, wie Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit setzen und die technologische Führungsrolle Europas stärken.

Europa habe bereits eine weltweit führende Rolle bei bahnbrechender Forschung und eine sehr dynamische Start-up-Landschaft sowie hochinnovative Unternehmen. Aufbauend auf diesen Stärken sollen die Rahmenbedingungen noch weiter verbessert werden, damit die besten Talente in der Forschung und Unternehmen zusammenarbeiten und bahnbrechenden Innovationen zum Durchbruch verhelfen können.

Die Kommission schlägt hierzu 25 konkrete Maßnahmen in fünf Schlüsselbereichen vor:

1. Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für europäische Start-ups und Scale-ups, z. B. durch bessere Mobilisierung privater Kapitalquellen
2. Verbesserung der Bedingungen, die es Innovatoren ermöglichen, neue Ideen in Experimentierräumen auszuprobieren
3. Unterstützung bei der Schaffung und Stärkung von Innovationsökosystemen, insbesondere von regionalen „Innovation Valleys“
4. Anwerbung und Bindung der besten Talente in Europa
5. Verbesserung des politischen Rahmens durch eine klarere Terminologie, Indikatoren und Datensätze sowie durch politische Unterstützung der Mitgliedstaaten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zur Neuen Innovationsagenda](#) (in englischer Sprache)

[Informationsblatt](#) (in englischer Sprache)

Arbeitsprogramm 2023 des Europäischen Forschungsrates (ERC) angenommen

Am 11.07.2022 hat die Kommission das Arbeitsprogramm des Europäischen Forschungsrates (ERC) für das Jahr 2023 angenommen. Er umfasst ein Budget von 2,2 Mrd.€, mit dem exzellente Projekte der Grundlagenforschung im Rahmen der etablierten Grants (Starting, Consolidator, Advanced, Synergy und Proof of Concept) gefördert werden.



Daneben enthält der Arbeitsplan verschiedene Neuerungen. So werden Erleichterungen für flüchtende und von Naturkatastrophen betroffene Forscher sowie eine neue Förderung für Journalisten, die Zeit an Forschungseinrichtungen verbringen möchten, um Grundlagenforschung besser zu verstehen, eingeführt.

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Arbeitsplan 2023 im Volltext](#) (in englischer Sprache)

Europäischer Forschungsrat (ERC) veröffentlicht Analyse seiner Förderung unter Horizont 2020

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 14.07.2022 die Studie „Mapping of ERC Frontier Research“ veröffentlicht, die alle von ihm im Rahmen von Horizont 2020 geförderten Forschungsprojekte auswertet. Die Veröffentlichung besteht aus 30 Factsheets, die u. a. die Vielfalt der geförderten Forschung, neu entstehende Wissenschaftsbereiche, neue Methoden und interdisziplinäre Verbindungen zwischen den von den ERC-Geförderten behandelten Forschungsproblemen sowie geografische Muster in der Verteilung der Projekte in Europa aufzeigen.

Zwischen 2014 und 2020 finanzierte der ERC demnach 6.707 Forschungsprojekte mit einer Gesamtsumme von 13,3 Mrd. €. In den Factsheets werden die häufigsten Disziplinen, vorherrschende Themen und neue Methoden oder Instrumente vorgestellt. Von den analysierten ERC-Projekten, für die vorab keine thematischen Vorgaben gemacht werden, haben 34 % einen Bezug zur Gesundheitsforschung, u. a. in den Bereichen Krebs-, Gehirn- und Geistesforschung. 10 % befassen sich mit Problemen im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel, die Hälfte davon im Bereich der künstlichen Intelligenz. Schließlich sind 14 % der Klimaforschung zuzuordnen.

Die Factsheets enthalten Analysen zur Verteilung der Projekte auf die EU-Mitgliedstaaten und die assoziierten Länder. Deutschland ist beispielsweise in den Bereichen Biowissenschaften sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften besonders stark, während im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden zusammen 40 % aller Projekte in den Sozial- und Geisteswissenschaften durchgeführt werden.

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[30 Factsheets](#) (in englischer Sprache)

Neuer Leistungsbericht der EU zu Forschung und Innovation

Die Kommission hat am 05.07.2022 den zweijährlichen Bericht über die Leistung der EU in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation (Science, Research and Innovation Performance of the EU (SRIP)) veröffentlicht.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die EU im globalen Kontext nach wie vor eine hohe wissenschaftliche und technologische Leistungsfähigkeit aufweist. Bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von 6 % werden in der EU rund 18 % der weltweiten FuE-Investitionen getätigt und 21 % der am häufigsten zitierten wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht. Mit 23 % aller Patentanmeldungen sind EU-Innovatoren



weltweit führend im Klimabereich. Auch in anderen Bereichen wie Bioökonomie und Gesundheit ist die EU stark. Allerdings verlor sie bei der Innovationsleistung in den letzten Jahren an Boden gegenüber den wichtigsten Handelspartnern. Die FuE-Investitionen in der EU gingen während der Krise zurück, wobei es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren gab. Diese Defizite will die Kommission u. a. mit der Neuen Innovationsagenda (siehe Beitrag oben) angehen.

Neben der Analyse der Leistungsfähigkeit zeigt der Bericht auch auf, wie Forschungs- und Innovationspolitik zum Aufbau eines inklusiven, nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und widerstandsfähigen Europa beitragen kann, indem die wesentliche Rolle von Forschung und Innovation als Quelle des Wohlstands und als Katalysator für den Wandel genutzt wird. Der Bericht stellt im Hinblick auf die Corona-Pandemie und die Invasion der Ukraine auch fest, dass die EU ihre Bereitschaft, rasch und angemessen auf neue, unerwartete Herausforderungen zu reagieren, verbessern muss.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite zum Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Infografik](#) (in englischer Sprache)

EU Award für Gender Equality Champions ausgeschrieben

Die Kommission hat am 14.07.2022 den neuen Preis für Gender Equality Champions ausgeschrieben, mit dem Hochschul- und Forschungseinrichtungen ausgezeichnet werden, die sich in herausragender Weise bei der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen hervorgetan haben. Damit sollen im Rahmen des Europäischen Forschungsraumes integrative Gleichstellungspläne und -strategien gefördert werden. Es wird die Anforderung ergänzen und verstärken, dass Gleichstellungspläne (Gender Equality Plans – GEP) ein Förderkriterium für Hochschul- und Forschungsorganisationen sind, die sich für Horizont Europa bewerben.

Bis zum 13.10.2022 können sich Hochschuleinrichtungen und Forschungsorganisationen aus den EU-Mitgliedstaaten und den mit Horizont Europa assoziierten Ländern für die erste Ausgabe des neuen EU-Preises in drei Kategorien bewerben. Vergeben werden drei Preise, die jeweils mit 100.000 € dotiert sind

[Webseite des Preises](#) (in englischer Sprache)

Leitfaden zu Synergien zwischen Horizont Europa und EFRE

Am 05.07.2022 veröffentlichte die Kommission einen praktischen Leitfaden über Möglichkeiten zur Maximierung der Synergien zwischen Horizont Europa und den Programmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Der Zweck dieses Dokuments ist es, neue Möglichkeiten für die Verwaltungsbehörden der kohäsionspolitischen Programme, die nationalen Horizont-Europa-Kontaktstellen und die Horizont-Europa-Projektträger zu beschreiben. Es enthält rechtliche und umsetzungstechnische Einzelheiten zu allen neuen Möglichkeiten zur Erzielung operativer Synergien, einschließlich des Exzellenzsiegels, des Transfers, der



kumulativen Finanzierung, der kofinanzierten und institutionalisierten Partnerschaften, der Teambildung und der vor- und nachgelagerten Synergien, einschließlich Missionen.

[Leitfaden im Volltext](#) (in englischer Sprache)

Sondierungen zur Bewertung von Horizont 2020 und Horizont Europa

Die Kommission hat zwei Sondierungen zur Abschlussbewertung von Horizont 2020 sowie zur Zwischenbewertung von Horizont Europa gestartet. Noch bis zum 29.07.2022 können wichtige Interessenträger, also Forschende, Unternehmen, Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen, Behörden und EU-weite Dachorganisationen, Stellungnahmen zu den Verfahren abgeben. Zu beiden wird jeweils noch eine öffentliche Konsultation im vierten Quartal 2022 durchgeführt. Die Vorlage der Abschlussbewertung von Horizont 2020 selbst ist für das vierte Quartal 2023, die der Zwischenbewertung von Horizont Europa für das dritte Quartal 2024 vorgesehen.

[Sondierung zur Abschlussbewertung Horizont 2020](#)

[Sondierung zur Zwischenbewertung Horizont Europa](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Euro-Gruppe am 11.07.2022

Am 11.07.2022 berieten sich die 19 Finanz- und Wirtschaftsminister des Euroraums im Rahmen der Euro-Gruppe. Sie nahmen insbesondere eine Erklärung zu den finanzpolitischen Leitlinien 2023 an und betonen, dass Auswirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets durch höhere Preise für Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe spürbar geworden sind, was den Inflationsdruck erhöht und Wachstumsaussichten dämpft. Die derzeitige Wirtschaftslage und die erhöhte Unsicherheit erfordern somit eine sorgfältige Gestaltung der Finanzpolitik, die darauf gerichtet sein sollte, die Schuldentragfähigkeit zu erhalten und das Wachstumspotenzial nachhaltig zu erhöhen.

Die Euro-Gruppe sprach zudem über mögliche Auswirkungen eines digitalen Euro auf das Finanzsystem und die Nutzung von Bargeld. Die Minister kamen dabei überein, dass die Einführung eines digitalen Euro die Fähigkeit der EZB, ihr Mandat zu erfüllen, nicht behindern und die Finanzstabilität nicht beeinträchtigen solle. Gleichzeitig solle der digitale Euro ein attraktives Zahlungsmittel sein und Bargeld nur ergänzen, nicht ersetzen.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 11.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 11.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Erklärung der Euro-Gruppe zu den finanzpolitischen Leitlinien für 2023](#) (in englischer Sprache)

Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen am 12.07.2022

Am 12.07.2022 kamen die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zum ersten Mal unter Vorsitz des tschechischen Finanzministers *Zbyněk Stanjura* zusammen, um u. a. über eine finanzielle Hilfe für die Ukraine zu diskutieren. Sie beschlossen, eine zusätzliche Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd. € für die Ukraine zu gewähren, wobei es sich um ein langfristiges (im Durchschnitt höchstens 25 Jahre) Darlehen zu besonders günstigen Bedingungen handeln sollte. Die Zinsen sollen ausnahmsweise – in Form eines Darlehens – vom EU-Haushalt gedeckt sein, um die öffentlichen Finanzen des Landes nicht übermäßig zu belasten.

Der Rat nahm zudem die letzten drei Rechtsakte an, die noch erforderlich waren, damit Kroatien am 01.01.2023 den Euro als Währung einführen kann. Der Umrechnungskurs wurde auf 7,53450 kroatische Kuna für einen Euro festgesetzt. Er billigte auch die Schlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen 2022 im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht sowie zum Bericht der Kommission über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2021. Zum Schluss präsentierte der tschechische Vorsitz sein Arbeitsprogramm für Juli bis Dezember 2022 sowie seine Prioritäten im Bereich der Wirtschaft und Finanzen.

[Wichtigste Ergebnisse der ECOFIN-Tagung am 12.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Videoaufzeichnung der Sitzung vom 12.07.2022](#)



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Aktualisierter Verteilungsschlüssel: Deutschland erhält 2,4 Mrd. € mehr

Die Kommission hat am 30.06.2022 den aktualisierten Verteilungsschlüssel für die Zuweisung von Finanzhilfen für Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) veröffentlicht.

Diese Aktualisierung findet im Einklang mit Art. 11 Abs. 2 der Verordnung zur Einrichtung der ARF statt und berücksichtigt die Differenz zwischen dem in der Herbstprognose 2020 geschätzten realen BIP-Wachstum, das zum Zeitpunkt der Annahme der Verordnung die jüngste verfügbare Wirtschaftsprognose war, und der Aktualisierung auf der Grundlage der von Eurostat bereitgestellten tatsächlichen Ergebnisdaten.

Dadurch kann Deutschland deutlich mehr Zuschüsse beantragen: statt 25,6 Mrd. € bis zu 28 Mrd. €.

Neben Deutschland profitieren vor allem Spanien (77,2 statt 69,5 Mrd. €) und Portugal (15,5 statt 13,9 Mrd. €) von der Aktualisierung.

[Pressemitteilung der Kommission vom 30.06.2022](#)

[Neuer Verteilungsschlüssel](#)

[Ursprünglicher Verteilungsschlüssel](#)

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung am 30.06.2022

Am 30.06.2022 fand eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament statt. Die Abgeordneten haben zum einen Auswirkungen neuer Technologien auf die Besteuerung – Kryptowährungen und Blockchain – besprochen. Der von *Lídia Pereira* (EVP, Portugal) verfasste und im ECON-Ausschuss mit Änderungen angenommene Berichtsentwurf legt einen Rahmen fest, durch den sowohl Ziele der Verwendung von Blockchain in der Besteuerung als auch eine bessere Besteuerung von Krypto-Assets erreicht werden können.

Zum anderen fand eine öffentliche Anhörung mit *Andrea Enria*, Vorsitzender des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank, statt. *Enria* berichtete vor allem über seine Aufsichtsarbeit, über die Bankenregulierung, Bankenunion und Basel III – Vorschriften.

[Videoaufzeichnung der Sitzung vom 30.06.2022](#)

Kommission schlägt die erste Teilauszahlung in Höhe von 1 Mrd. € für die neue Makrofinanzhilfe für die Ukraine vor

Die Kommission hat am 01.07.2022 eine neue Makrofinanzhilfe in Höhe von 1 Mrd. € für die Ukraine vorgeschlagen. Diese ist der erste Teil des in der Mitteilung der Kommission vom 18.05.2022 angekündigten und vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 23./24.06.2022 gebilligten außerordentlichen Makrofinanzhilfepakets von bis zu 9 Mrd. €.



Dem Vorschlag zufolge werden die Makrofinanzhilfen der Ukraine in Form von langfristigen Darlehen zu günstigen Bedingungen bereitgestellt. Dadurch werden die makroökonomische Stabilität und die generelle Widerstandsfähigkeit der Ukraine vor dem Hintergrund des militärischen Angriffs Russlands und der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Herausforderungen unterstützt. Als weiterer Ausdruck der Solidarität werden die Zinskosten für dieses Darlehen durch den EU-Haushalt gedeckt. Dieses Darlehen an die Ukraine soll zu 70 % durch Mittel aus dem EU-Haushalt besichert sein.

[Pressemitteilung der Kommission vom 01.07.2022](#)

[Makrofinanzhilfe für die Ukraine](#) (in englischer Sprache)

Europäische Zentralbank stärkt Klimaschutz in der Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 04.07.2022 beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen: die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen.

Mit diesen Maßnahmen sollen klimabedingte Finanzrisiken in der Bilanz des Eurosystems besser berücksichtigt bzw. verringert und der grüne Wandel der Wirtschaft entsprechend den Zielen der EU zur Klimaneutralität unterstützt werden. Außerdem schaffen sie Anreize für Unternehmen und Finanzinstitute, ihre CO₂-Emissionen transparenter darzulegen und zu verringern.

Insbesondere möchte die EZB bei der Wiederanlage der Tilgungsbeträge fällig gewordener Unternehmensanleihen (etwa 30 Mrd. € / Jahr) ab Oktober 2022 Klimaaspekte berücksichtigen und den Anteil der Vermögenswerte erhöhen, die von Unternehmen mit einer besseren Klimaleistung ausgegeben werden.

[Pressemitteilung der EZB vom 04.07.2022](#)

[Klimaagenda der EZB 2022](#)

Europäisches Parlament stimmt dem Beitritt Kroatiens zum Euro-Währungsgebiet zu

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 05.07.2022 eine positive Stellungnahme zur Einführung des Euro in Kroatien zum 01.01.2023 abgegeben. In der Entschließung betonen sie, dass das Preisniveau in Kroatien dem Konvergenzbericht der Kommission 2022 zufolge bereits ein höheres Maß an Preiskonvergenz mit dem Euro-Währungsgebiet erreicht hat. Die Abgeordneten erwarten jedoch, dass die Einführung des Euro nicht zu künstlichen Preiserhöhungen führt.

Das EP hob auch hervor, dass die Einführung des Euro die kroatische Wirtschaft stärken und seinen Bürgern / Unternehmen zugutekommen wird.



Gleichzeitig betont es, dass dies auch zur Widerstandsfähigkeit und Einheit der Union beitragen sowie ihren positiven Ruf in der Region verbessern wird.

[Pressemitteilung des EP vom 05.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung des EP vom 05.07.2022](#)

[Informationsblatt des EP zur Einführung des Euro durch Kroatien](#)

Europäisches Parlament: Standpunkt im Hinblick auf die Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Am 07.07.2022 hat das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt im Hinblick auf die Bereitstellung einer außerordentlichen Makrofinanzhilfe für die Ukraine festgelegt. Die Abgeordneten stellen fest, dass die EU der Ukraine eine Makrofinanzhilfe i. H. v. höchstens 1 Mrd. € zur Verfügung stellt, die in Form eines Darlehens gewährt wird. Zur Finanzierung dieser Hilfe wird die Kommission ermächtigt, im Namen der EU die erforderlichen Mittel aufzunehmen und als Darlehen an die Ukraine weiterzugeben. Die Laufzeit des Darlehens soll im Durchschnitt höchstens 25 Jahre betragen.

Eine Vorbedingung für die Gewährung der Makrofinanzhilfe besteht allerdings darin, dass die Ukraine wirksame demokratische Mechanismen – einschließlich eines parlamentarischen Mehrparteiensystems – und das Rechtsstaatsprinzip respektiert sowie die Achtung der Menschenrechte garantiert. Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst überprüfen die Erfüllung der Vorbedingung während der gesamten Laufzeit der Makrofinanzhilfe und insbesondere vor Auszahlungen.

[Standpunkt des EP vom 07.07.2022](#)

Halbjahresbericht der Kommission über die Umsetzung von Mitteln im Rahmen von NextGenerationEU

Die Kommission hat am 08.07.2022 ihren Halbjahresbericht über die Umsetzung von Mitteln im Rahmen von NextGenerationEU (NGEU) veröffentlicht, der den Zeitraum vom 01.01. bis 30.06.2022 abdeckt.

Sie stellt fest, dass seit dem Start des Programms im Juni 2021 die Kommission im Auftrag der EU 121 Mrd. € an langfristigen Finanzmitteln für NGEU aufgenommen hat, davon 50 Mrd. € von Januar bis Juni 2022. In den Finanzmitteln sind grüne Anleihen in Höhe von 28 Mrd. € inbegriffen, von denen 16 Mrd. € in der ersten Hälfte des Jahres 2022 ausgegeben wurden. Sie betont auch, dass die Anleger trotz der zunehmend schwierigeren Marktbedingungen großes Interesse am Programm gezeigt haben.

[Halbjahresbericht der Kommission vom 08.07.2022](#) (in englischer Sprache)



Aufbau- und Resilienzplan aus den Niederlanden

Am 08.07.2022 hat die Kommission den Aufbau- und Resilienzplan aus den Niederlanden erhalten. Danach haben die Niederlande einen Anspruch auf Zuschüsse in Höhe von insgesamt 4,7 Mrd. € im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Der Plan enthält Maßnahmen zur Unterstützung der Klimaziele, deren Betrag 50,9 % der Gesamtzuweisung entspricht. Für Maßnahmen, die wirksam zum digitalen Wandel beitragen sollen, sind 23,1 % der Ausgaben vorgesehen. Insgesamt enthält der Aufbau- und Resilienzplan 49 Maßnahmen (21 Reformen und 28 Investitionsvorhaben), einschließlich zweier Vorhaben im Rahmen des REPowerEU-Plans („Wind at Sea“- und „Green Power Hydrogen“-Initiativen).

Die Kommission wird nun den niederländischen Plan auf der Grundlage der in der Verordnung vom 12.02.2021 zur Einrichtung der ARF festgelegten Kriterien bewerten.

[Pressemitteilung der Kommission vom 08.07.2022](#) (in englischer Sprache)

NGEU: Kommission schließt 11. Transaktion erfolgreich ab und gibt Anleihen im Wert von 8 Mrd. € aus

Die Kommission hat am 12.07.2022 in der 11. syndizierten Transaktion im Rahmen des Aufbauinstruments NextGenerationEU (NGEU) weitere Anleihen im Wert von 8 Mrd. € ausgegeben. Es handelt sich dabei um eine neue 7-jährige Anleihe über 5 Mrd. € mit Fälligkeit am 04.12.2029 und eine am 04.07.2041 fällig werdende 20-jährige Anleihe in Höhe von 3 Mrd. €.

[Pressemitteilung der Kommission vom 12.07.2022](#) (in englischer Sprache)

Sommerprognose 2022: Russlands Krieg trübt konjunkturelle Aussichten ein

Am 14.07.2022 veröffentlichte die Kommission eine aktualisierte Zwischenprognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung, in der sie für 2022 und 2023 die makroökonomische Situation in der EU, dem Euro-Währungsgebiet sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten untersucht.

Lt. Kommission wirkt sich der Ukraine-Krieg weiter negativ auf die EU-Wirtschaft aus, beeinträchtigt das Wachstum und führt zu höherer Inflation als in der Frühjahrsprognose erwartet. Die Sommerprognose schätzt, die Wirtschaft in der EU wird im Vergleich zur Frühjahrsprognose 2022 insgesamt langsamer wachsen: 2022 um 2,7 % und 2023 um 1,5 % (2,3 % lt. Frühjahrsprognose). Für das Euro-Währungsgebiet ist auch nur ein Wachstum von 2,6 % (2,7 % lt. Frühjahrsprognose) im Jahr 2022 zu erwarten, das im Jahr 2023 auf 1,4 % (2,3 % lt. Frühjahrsprognose) zurückgehen dürfte. Die Inflationsprognose wurde gegenüber der Frühjahrsprognose erheblich nach oben korrigiert: Den Projektionen zufolge wird die jährliche durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2022 auf einen historischen Höchststand von 7,6 % (6,1 % lt. Frühjahrsprognose) im Euro-Währungsgebiet und 8,3 % (6,8 lt. Frühjahrsprognose) in der EU klettern, bevor sie 2023 auf 4,0 % (2,7 % lt. Frühjahrsprognose) bzw. auf 4,6 % (3,2 % lt. Frühjahrsprognose) sinkt.



Für Deutschland geht die Zwischenprognose davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,4 % (1,6 % lt. Frühjahrsprognose) und im Jahr 2023 um 1,3 % (2,4 % lt. Frühjahrsprognose) steigen wird. Den Projektionen zufolge wird die jährliche Inflation im Jahr 2022 bei 7,9 % und im Jahr 2023 bei 4,8 % liegen.

[Mitteilung der Kommission zur Veröffentlichung der Sommerprognose vom 14.07.2022](#)

[Volltext der Sommerprognose 2022](#) (in englischer Sprache)

[Sommerprognose 2022 für Deutschland](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zur Sommerprognose 2022 mit weiteren Informationen](#) (in englischer Sprache)

EU-HAUSHALT

EuRH: Prüfer sehen potenzielle Risiken bei der Nutzung externer Berater durch die Kommission

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 30.06.2022 vor dem Hintergrund der steigenden Ausgaben für Beratungsdienstleistungen einen Sonderbericht veröffentlicht, in dem potenzielle Risiken bei der Nutzung externer Berater durch die Kommission thematisiert werden.

Er stellt fest, dass die Kommission kein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis erzielt und ihre Interessen nicht in vollem Umfang wahrt. Es wurden außerdem erhebliche Lücken in der Rahmenregelung für die Nutzung von Beratungsleistungen festgestellt, womit das potenzielle Risiko verbunden ist, dass sich die Kommission auf bestimmte Anbieter konzentriert und sich zu abhängig von ihnen macht. Zudem könnte es zu Interessenkonflikten kommen, die nicht ausreichend überwacht werden. Die Prüfer betonen auch Schwachstellen bei der Bewertung der Beratungsleistungen.

[Sonderbericht des EuRH zu externen Beratern der Kommission](#)

Europäisches Parlament: Entschließung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU - Betrugsbekämpfung

Das Europäische Parlament (EP) hat am 07.07.2022 eine Entschließung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU - Betrugsbekämpfung angenommen, in der es den 32. Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Betrugsbekämpfung 2020 (mit Anhängen) begrüßt.

Das EP stellt insbesondere fest, dass im Jahr 2020 insgesamt 451 betrügerische Unregelmäßigkeiten und 4.003 nicht betrügerische Unregelmäßigkeiten bei den Einnahmen gemeldet wurden, was 9 % unter der durchschnittlichen Zahl der jährlich gemeldeten Fälle im Zeitraum 2016–2020 liegt. Im Jahr 2020 lag die entsprechende Summe der geschätzten und festgestellten traditionellen Eigenmittel (108 Mio. €) im Rahmen der betrügerischen Unregelmäßigkeiten 6 % über der entsprechenden durchschnittlichen Summe und im Rahmen der nicht betrügerischen Unregelmäßigkeiten (382 Mio. €) 8 % unter der entsprechenden Summe für jedes Jahr im Zeitraum 2016–2020.



Die Mehrwertsteuerlücke der EU ist im Jahr 2019 nominal auf 134 Mrd. € zurückgegangen, was im Vergleich zu 2018 einem Rückgang von fast 6,6 Mrd. € entspricht.

[Entschließung des EP vom 07.07.2022 zum Schutz der finanziellen Interessen der EU – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2020](#)

EuRH: Änderung der Verordnung über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EU

Am 08.07.2022 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) eine Stellungnahme zu dem Legislativvorschlag der Kommission zur Änderung der Verordnung über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der EU veröffentlicht. Mit dem Kommissionsvorschlag soll insbesondere sichergestellt werden, dass Unternehmen und Länder eine angemessene Entschädigung erhalten, wenn die Kommission vom Gerichtshof der EU dazu verurteilt wird, eine annullierte oder reduzierte Geldbuße zu erstatten. Dies wird vom EuRH grundsätzlich begrüßt. Die Prüfer haben jedoch einige Vorbehalte gegenüber dem Vorschlag, die finanziellen Kosten der Entschädigung als negative Einnahmen und nicht als Ausgaben in den Haushalt einzustellen. Auch wenn dies zu mehr Flexibilität bei der Verwaltung des EU-Haushalts führen würde, wäre die Kommission dann nicht verpflichtet, die üblichen Haushaltsverfahren für Ausgaben einzuhalten. Zudem sollen die finanziellen Kosten für die Entschädigung dem Kommissionsvorschlag zufolge durch die Höhe der endgültigen Geldbußen und Sanktionen gedeckt werden. Die Prüfer weisen auf das Risiko hin, dass die Höhe dieser Geldbußen und Sanktionen die tatsächlichen Kosten der im selben Jahr fälligen Entschädigungen nicht decken könnte, was im Extremfall dazu führen könnte, dass die Mitgliedstaaten mehr nationale Beiträge in den EU-Haushalt einzahlen müssten.

[Stellungnahme des EuRH](#) (in englischer Sprache)

EU-Haushalt für 2023: Rat legt seinen Standpunkt fest

Die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten bei der EU haben sich am 13.07.2022 auf den Standpunkt des Rates zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2023 geeinigt.

Insgesamt beläuft sich der Haushaltsplan für das nächste Jahr lt. der erzielten Einigung auf 183,95 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen und 165,74 Mrd. € an Zahlungen, was im Vergleich zum Haushalt 2022 einen Anstieg der Mittelbindungen um + 8,29 % und einen Rückgang der Zahlungen um - 3,02 % bedeutet. Der Rat hat beschlossen, beim jährlichen Haushaltsverfahren einen umsichtigen Ansatz zu verfolgen. Die Finanzmittel sind auf die derzeitigen Prioritäten ausgerichtet. Außerdem ist im Haushalt genügend Spielraum vorhanden, um den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und Inflation zu begegnen.

Der Rat hat eine Erklärung zur Rubrik 7 (u. a. Personalkosten) des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 abgegeben, in der er das EP kritisiert, für 2023 erneut einen Antrag auf 52 zusätzliche Stellen im Stellenplan und 116 zusätzliche akkreditierte parlamentarische Assistenten gestellt zu haben. Er erinnert an die



hohe Inflation, die die Einhaltung der Obergrenze bei den Ausgaben für Personal ohnehin schon gefährdet, und fordert, vor diesem Hintergrund Selbstbeschränkung zu üben.

[Pressemitteilung des Rates vom 13.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Standpunkt des Rates zum EU-Haushaltsplan 2023](#) (in englischer Sprache)

EuRH: Methoden für die Bereitstellung der neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt

Am 15.07.2022 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) eine Stellungnahme zu den von der Kommission vorgeschlagenen Methoden für die Bereitstellung der neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt veröffentlicht. Der Vorschlag der Kommission, drei neue Kategorien von Eigenmitteln einzuführen, wird vom EuRH grundsätzlich begrüßt. Allerdings fordern die Prüfer mehr Kohärenz bei den Vorschriften für die Bereitstellung der Eigenmittel für den EU-Haushalt und deren Konsolidierung in einem einzigen Rechtsakt. Sie weisen allerdings darauf hin, dass das Finanzierungssystem der EU weiterhin komplex sei. Die Prüfer stellen des Weiteren fest, dass noch keine entsprechenden Rechtsvorschriften über die zugehörigen Einnahmequellen angenommen wurden. Obwohl sie anerkennen, dass einige der vorgeschlagenen neuen Ansätze die Vorhersehbarkeit erhöhen und den Verwaltungsaufwand verringern können, fordern sie mehr Kohärenz bei den Vorschriften für die Verwaltung der Eigenmittel.

[Stellungnahme des EuRH](#) (in englischer Sprache)

STEUERN

Kommission befreit lebensrettende Güter für die ukrainische Bevölkerung von Eingangsabgaben und Mehrwertsteuer

Die Kommission hat 01.07.2022 die Mitgliedstaaten ermächtigt, die Einfuhr von für vom Krieg betroffene ukrainische Bevölkerung bestimmten lebensrettenden Ausrüstungsgegenständen (etwa Lebensmittel und Decken) vorübergehend von Eingangsabgaben und Mehrwertsteuer zu befreien. Diese Maßnahme gilt rückwirkend ab dem 24.02.2022 und bis zum 31.12.2022.

Diese Befreiung gilt für Waren, die eingeführt werden von staatlichen Organisationen (öffentlichen Einrichtungen und Einrichtungen des öffentlichen Rechts, einschließlich Krankenhäusern, Regierungsorganisationen, Regionalregierungen, Gemeinden/Städten usw.) und Organisationen der Wohlfahrtspflege, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten anerkannt wurden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 01.07.2022](#)



Europäisches Parlament kritisiert nationale Vetos und fordert eine Wiederaufnahme der Debatte zur schrittweisen Einführung von Mehrheitsentscheidungen

Am 06.07.2022 hat das Europäische Parlament (EP) eine Entschließung angenommen, in der die Abgeordneten kritisieren, dass Länder ihr Vetorecht in Steuerfragen missbrauchen und eine Wiederaufnahme der Debatte zur schrittweisen Einführung von Mehrheitsentscheidungen fordern.

Darin heißt es u. a., dass die von Ungarn vorgebrachten Forderungen in Bezug auf die Richtlinie zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung „in dem internationalen Abkommen bereits weitgehend berücksichtigt wurden“. Die Abgeordneten fordern daher Ungarn auf, „seine Blockade unverzüglich aufzugeben“. Außerdem werden die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, „keine politischen Verhandlungen mit Mitgliedstaaten zu führen“ und „von der Billigung des ungarischen nationalen Aufbau- und Resilienzplans abzusehen, bis Ungarn alle in der Verordnung festgelegten Kriterien vollständig erfüllt hat“. Sollte Ungarn auf seinem Veto beharren, sollten alternative Optionen geprüft werden, damit die EU ihre eingegangenen Verpflichtungen einhalten kann.

[Video der Debatte](#)

[Entschließung des EP vom 06.07.2022](#)

Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung durch Vermittler

Am 06.07.2022 hat die Kommission eine Sondierung – Aufforderung zur Stellungnahme gestartet: Vorgehen gegen Vermittler, die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung begünstigen. Diese läuft bis zum 12.10.2022.

Mit dieser Initiative soll die Rolle angegangen werden, die Vermittler bei der Ermöglichung von Steuergestaltungen oder -modellen spielen können, die zu Steuerhinterziehung oder aggressiver Steuerplanung führen. Außerdem bezweckt die Kommission, Vermittler an der Einrichtung komplexer Strukturen – die die Steuerbemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten durch Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung aushöhlen sollen – in Nicht-EU-Ländern zu hindern.

[Kommissionsinitiative zum Vorgehen gegen Vermittler, die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung begünstigen](#)

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#)

EuGH: Der freie Dienstleistungsverkehr steht weder der Pflicht zur Erhebung und Übermittlung von Informationen noch der Pflicht zur Einbehaltung von Steuern entgegen

Am 07.07.2022 hat Generalanwalt *Maciej Szpunar* seine Schlussanträge in einem Verfahren vor dem EuGH eingereicht, in dem es um die Frage ging, ob die Verpflichtung von Airbnb, die Daten zu Mietverträgen sowie



den Steueranteil der Miete an eine ausländische Steuerbehörde zu übermitteln, gegen Unionsrecht verstößt (Rechtssache C-83/21).

Der Generalanwalt schlug dem Gerichtshof vor, die im Rahmen des Verfahrens vorgelegten Fragen wie folgt zu beantworten: Der freie Dienstleistungsverkehr steht weder der Pflicht zur Erhebung und Übermittlung von Informationen noch der Pflicht zur Einbehaltung von Steuern entgegen. Die Pflicht, einen steuerlichen Vertreter zu benennen, stellt hingegen eine unverhältnismäßige Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs dar.

Vor dem Hintergrund, dass auch in Deutschland die regelmäßige Vermietung von Wohnraum über Airbnb einkommensteuerpflichtig ist, ist das Verfahren für etwaige Überlegungen relevant, entsprechend dem italienischen Gesetzgeber tätig zu werden.

[Schlussanträge des Generalanwalts vom 07.07.2022](#) (in englischer Sprache)

Unterausschuss für Steuerfragen am 11.07.2022

Am 11.07.2022 fand eine Sitzung des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) im Europäischen Parlament statt. Auf der Tagesordnung stand eine öffentliche Anhörung zum Thema „Die Rolle von Steueranreizen und -befreiungen im Rahmen der Körperschaftsteuerreform und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften“.

Das Ziel der Sitzung war es zu analysieren, wie Steueranreize die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen sowie den digitalen und grünen Wandel mittragen. Die Abgeordneten und eingeladenen Gäste stellten fest, dass Steueranreize der Politik grundsätzlich helfen und nützliche Instrumente etwa zur Förderung des energetischen Umbaus sein könnten (45 % der Investitionskosten für Grünes und Digitales können von der Steuer befreit werden). Jedoch seien die meisten dieser Anreize lt. *Benjamin Angel* kostspielig, ineffizient und sozial schädlich, oft gar nicht mehr verständlich. Um ihre Effizienz zu verbessern, solle lt. *Nadine Riedel* eine Koordinierung von Steueranreizen auf multinationaler Ebene stattfinden. Es wurde auch vorgeschlagen, dass diese besser kontrolliert / ihre Auswirkungen analysiert werden sollen.

[Videoaufzeichnung der FISC-Sitzung vom 11.07.2022](#)

OECD startet eine neue öffentliche Konsultation zum Fortschrittsbericht der ersten Säule

Das Inclusive Framework zu Gewinnkürzung und -verlagerung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 11.07.2022 eine weitere öffentliche Konsultation zum Fortschrittsbericht der ersten Säule A gestartet. Stellungnahmen dazu können bis zum 19.08.2022 eingereicht werden.

Die Konsultation betrifft eine konsolidierte Fassung von Modellregeln zur ersten Säule des OECD-Abkommens. Der Entwurf spiegelt jedoch keinen Konsens über den Inhalt des Dokuments wider. Er enthält u. a. Anwendungsregelungen, Regeln für Nexus, zur Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverteilung. Auch



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 13/2022 vom 20.07.2022



Bestimmungen zur Abschaffung von Doppelbesteuerungsvorschriften sind in dem Dokument vorgesehen. Das Inclusive Framework wird die von Interessenträgern eingereichten Beiträge / Kommentare überprüfen und versuchen, die Vorschriften auf seiner Sitzung im Oktober 2022 festzulegen.

[Pressemitteilung der OECD vom 11.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission vom 11.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf des Fortschrittsberichts der ersten Säule A](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Taxonomie: Europäisches Parlament erhebt keine Einwände gegen delegierten Rechtsakt zum Umgang mit Gas- und Kernenergie

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 06.07.2022 den im Umweltausschuss angenommenen Entschließungsantrags mit Einwänden gegen den delegierten Rechtsakt zum Umgang mit Gas- und Kernenergie (EB 11/22) nicht angenommen. Demnach hat das EP den delegierten Rechtsakt in Gänze angenommen und keinen Einwand dagegen erhoben. Nachdem auch der Rat innerhalb der Frist bis zum 11.07.2022 keine Einwände erhoben hat, wird der delegierte Rechtsakt ab 01.01.2023 in der EU gelten.

[Pressemitteilung des EP](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt IPCEI Wasserstoff

Die Kommission hat am 15.07.2022 ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Project of Common European Interest – IPCEI) zur Förderung von Forschung und Innovation sowie der ersten gewerblichen Nutzung in der Wertschöpfungskette der Wasserstofftechnologie (IPCEI Hy2Tech) genehmigt. Die Teilnehmerländer sind neben Deutschland, Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien und Tschechien.

Die Mitgliedstaaten werden bis zu 5,4 Mrd. € öffentlicher Mittel bereitstellen, was zu einer Mobilisierung von 8,8 Mrd. € privater Investitionen führen soll. Im Rahmen des IPCEI werden insgesamt 35 Unternehmen an 41 Vorhaben teilnehmen. Unter den Unternehmen befinden sich auch KMU und Start-ups. Das IPCEI soll einen großen Teil der Wertschöpfungskette der Wasserstofftechnologie abdecken: Wasserstoffherzeugung, Brennstoffzellen, Speicherung, Transport und Verteilung sowie Anwendungen für Endverbraucher, insbesondere im Mobilitätssektor.

Aus Deutschland sind die Unternehmen Sunfire, Bosch, Daimler Truck und EKPO Teil des IPCEI. Das Projekt Bosch PowerUnits soll an den Bosch-Standorten in Baden-Württemberg, Bayern und Saarland realisiert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt deutsche Regelung zur Unterstützung energie- und handelsintensiver Unternehmen

Die Kommission hat am 14.07.2022 auf der Grundlage des am 23.03.2022 von der Kommission erlassenen Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen (EB 06/22) eine Regelung im Umfang von 5 Mrd. € genehmigt, mit der Deutschland angesichts der russischen Invasion der Ukraine energie- und handelsintensive



Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen unterstützen will. Konkret sollen direkte Zuschüsse für Mehrkosten infolge eines starken Anstiegs der Gas- und Strompreise gewährt werden. Die Beihilfen können für den Zeitraum von Februar bis September 2022 beantragt und müssen bis 31.12.2022 gewährt werden. Die Gesamtbeihilfe je Empfänger darf maximal 30 % der beihilfefähigen Kosten oder 2 Mio. € betragen; für energieintensive Unternehmen mit Betriebsverlusten bzw. für Unternehmen in besonders betroffenen Sektoren darf die Gesamtbeihilfe 50 % bzw. 70 % der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten und weitere Beihilfen dürfen bis zu einer Höhe von 25 Mio. € bzw. 50 Mio. € gewährt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission konsultiert Mitgliedstaaten zur Änderung des Befristeten Krisenrahmens

Die Kommission hat am 11.07.2022 den Mitgliedstaaten den Entwurf eines Vorschlags zur Anpassung des am 23.03.2022 angenommenen Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der russischen Invasion in der Ukraine (EB 06/22) zur Konsultation übermittelt. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob Änderungen in folgenden Bereichen erforderlich sind: Anpassung der Beihilfeobergrenzen, Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen zur Erleichterung von Investitionen in erneuerbaren Energien sowie Notwendigkeit zusätzlicher Maßnahmen, um die Diversifizierung der Energieversorgung weiter zu beschleunigen und die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern. Die Mitgliedstaaten haben nun Gelegenheit, zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission Stellung zu nehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Russland-Ukraine-Konflikt: Kommission schlägt Paket zur Aufrechterhaltung und Angleichung der Sanktionen vor

Die Kommission hat am 15.07.2022 ein neues Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem die Wirksamkeit der sechs bisherigen Sanktionspakete der EU gegen Russland aufrechterhalten und gestärkt werden soll. Konkret werden mit dem Paket eine Reihe von Bestimmungen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und der Durchsetzung präzisiert, die EU-Sanktionen an die Sanktionen der G7-Partner weiter angeglichen und die Haltung der Kommission zum Schutz der weltweiten Ernährungssicherheit bekräftigt. So werden z. B. ein neues Einfuhrverbot für russisches Gold eingeführt und die Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck und Spitzentechnologie sowie die Berichtspflichten zur Gewährleistung eines robusteren Einfrierens von Vermögenswerten durch die EU verschärft. Schließlich wird vorgeschlagen, die derzeitigen EU-Sanktionen um sechs Monate bis zur nächsten Überprüfung Ende Januar 2023 zu verlängern. Das Paket muss noch vom Rat angenommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Digitalisierung des Finanzsektors: Politische Einigung zur Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA)

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 30.06.2022 eine politische Einigung zur Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCA) erzielt. Die Kommission hatte den Vorschlag im September 2020 als Teil des Pakets zur Digitalisierung des Finanzsektors vorgelegt (EB 15/20). Die Regelungen zielen darauf ab, das Vertrauen der Nutzer zu stärken und die Entwicklung digitaler Dienstleistungen und alternativer Zahlungsinstrumente zu unterstützen. Dabei sollen die Verbraucher vor den Risiken geschützt werden, die mit Investitionen in Krypto-Assets verbunden sind und so betrügerische Machenschaften vermieden werden. Mit den neuen Vorschriften müssen Anbieter von Krypto-Vermögenswerten strengere Anforderungen erfüllen sowie auch Informationen über ihren CO₂-Fußabdruck bereitstellen. In einem nächsten Schritt muss die Einigung von EP und Rat formal bestätigt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Bekämpfung von Geldwäsche: Politische Einigung über die Transparenz von Kryptowertetransfers

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 29.06.2022 eine politische Einigung zur Aktualisierung der Verordnung über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und Transfers bestimmter Kryptowerte erzielt. Der Anwendungsbereich dieser Vorschriften wurde auf Kryptowertetransfers ausgeweitet. Dies soll der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, indem der Missbrauch von Kryptowährungen für kriminelle Zwecke erschwert wird. Anbieter von Krypto-Dienstleistungen sollen verpflichtet werden, bestimmte Angaben über Auftraggeber und Begünstigte der von ihnen durchgeführten Transfers von Kryptowerten zu erheben und zugänglich zu machen. Damit kann die Rückverfolgbarkeit von Kryptowertetransfers sichergestellt werden, um mögliche verdächtige Transaktionen besser zu erkennen und zu unterbinden. Die Verordnung ist Teil des von der Kommission im Juli 2021 vorgelegten Paktes zur Geldwäsche-Bekämpfung. In einem nächsten Schritt muss die Verordnung nun von Rat und EP formal bestätigt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EuGH: Thermofenster ist unzulässige Abschaltvorrichtung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 14.07.2022 entschieden, dass eine Software für Dieselfahrzeuge, die die Wirkung des Emissionskontrollsystems bei üblichen Temperaturen und während des überwiegenden Teils des Jahres verringert, eine unzulässige Abschaltvorrichtung darstellt (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB). Hintergrund sind drei Vorlageverfahren von österreichischen Gerichten wegen der Ausstattung von VW-Dieselfahrzeugen mit Software-Updates, die unter bestimmten Außentemperaturbedingungen und ab einer bestimmten Höhenlage die Reduzierung der Emissionen von Stickoxid (NO_x) begrenzen. Der



Generalanwalt *Rantos* war in seinen Schlussanträgen vom 23.09.2021 ebenfalls zu der Auffassung gelangt, dass dies eine unzulässige Abschaltvorrichtung darstelle (EB 15/21).

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil Rs. C-128/20](#)

[Urteil Rs. C-134/20](#)

[Urteil Rs. C-145/20](#)

Green Deal: Europäisches Parlament legt Standpunkt zur ReFuelEU Aviation fest

Das Europäische Parlament (EP) hat am 07.07.2022 im Rahmen seiner Plenartagung seine Position zum Verordnungsvorschlag „ReFuelEU Aviation“ (EB 13/21) angenommen. Mit der Verordnung soll der Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe in Flugzeugen und auf Flughäfen in der EU gefördert werden, um die Emissionen aus dem Luftverkehr zu senken, und gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet werden. Nach der Position des Parlaments soll die Definition „nachhaltiger Flugkraftstoffe“ auch Strom aus erneuerbaren Energien und Wasserstoff einschließen sowie Kraftstoffe, die aus Abfällen und Abgasen aus dem Produktionsprozess von Industrieanlagen hergestellt werden. Auch sollen Kraftstoffe, die aus tierischen Fetten oder Destillaten hergestellt werden, bis 2034 im Kraftstoffmix des Luftverkehrs verwendet werden können. Weiterhin sollen die Mindestanteile an nachhaltigen Flugkraftstoffen, die EU-Flughäfen bereitstellen sollen, angehoben werden und es wird die Einrichtung eines Fonds für nachhaltige Luftfahrt vorgeschlagen. Nachdem der Rat seine Allgemeine Ausrichtung bereits am 02.06.2022 angenommen hat (EB 10/22), können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission nunmehr beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

Kartellrecht: Kommission holt Stellungnahmen zu Verpflichtungsangeboten von Amazon ein

Die Kommission holt seit 14.07.2022 Stellungnahmen zu Verpflichtungsangeboten von Amazon ein, mit denen wettbewerbsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Nutzung nichtöffentlicher Daten von Marktplatzverkäufern sowie einer etwaigen Ungleichbehandlung beim Zugang zum Einkaufswagen-Feld und zum Prime-Programm ausgeräumt werden sollen. Amazon hat als Plattform eine Doppelfunktion: Das Unternehmen betreibt einen Marktplatz, auf dem unabhängige Verkäufer Produkte direkt an Verbraucher verkaufen können, und gleichzeitig verkauft es auf seiner Plattform selbst als Einzelhändler Produkte im Wettbewerb mit den unabhängigen Verkäufern. Die Folge ist, dass Amazon Zugang zu großen Datensätzen über die Tätigkeiten der unabhängigen Verkäufer auf seiner Plattform hat, u. a. zu nichtöffentlichen Geschäftsdaten. Hierzu hatte die Kommission im Juli 2019 ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet (EB 15/19). Sämtliche Interessenträger können nun bis zum 09.09.2022 Rückmeldungen geben zu den von Amazon vorgelegten Verpflichtungsangeboten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kartellrecht: Konsultation zur Überarbeitung der KfZ-Gruppenfreistellungsverordnung und der Ergänzenden Leitlinien

Die Kommission hat am 06.07.2022 eine öffentliche Konsultation sowie eine Sondierung zur Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für den Kraftfahrzeugssektor (KfZ-GVO) eingeleitet. Die derzeit bestehenden Vorschriften laufen am 31.05.2023 aus. Ziel der Initiative ist die Verlängerung der KfZ-GVO um weitere fünf Jahre sowie begrenzte Änderungen an den Ergänzenden Leitlinien vorzunehmen, um den wichtigsten technologischen Entwicklungen in der Automobilindustrie seit 2010 Rechnung zu tragen. Die Annahme der überarbeiteten KfZ-GVO ist für das zweite Quartal 2023 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht jeweils bis 30.09.2022.

[Zur Konsultation](#) (in englischer Sprache)

[Zur Sondierung](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Kommission stellt neue Innovationsagenda vor

Die Kommission hat am 05.07.2022 ihre neue Europäische Innovationsagenda angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Ziel ist, Europa an der Spitze von technologieintensiven Innovationen und Start-up-Unternehmen zu positionieren und neuartige Lösungen für drängende gesellschaftliche Herausforderungen wie den Klimawandel und Cyberbedrohungen hervorzubringen. Dazu sind in der Agenda 25 Maßnahmen aufgeführt, die auf einen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln für europäische Start-ups und Scale-ups, auf Reallabore und „regionale Räume für Innovationen“, auf die Anwerbung und langfristige Bindung von Talenten sowie auf einen verbesserten politischen Rahmen setzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Innovationsfonds: EU investiert 1,8 Mrd. € in Projekte für saubere Technologien

Die Kommission hat am 12.07.2022 bekanntgegeben, dass die EU in einer dritten Vergaberunde im Rahmen des Innovationsfonds über 1,8 Mrd. € in 17 innovative Großprojekte für saubere Technologien gewährt, um bahnbrechenden Technologien in den Bereichen energieintensiver Industrien, Wasserstoff, erneuerbare Energien, Infrastruktur für die CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie Herstellung von Schlüsselkomponenten für die Energiespeicherung und erneuerbare Energien auf den Markt zu bringen. Die ausgewählten Projekte befinden sich in Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Island, den Niederlanden, Norwegen, Polen und Schweden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



AUßENWIRTSCHAFT

EU-Neuseeland: Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland abgeschlossen

Die EU und Neuseeland haben am 30.06.2022 die Verhandlungen über ein Handelsabkommen abgeschlossen. Diese wurden im Juni 2018 aufgenommen (EB 12/18). Durch die Abschaffung aller Zölle auf EU-Ausfuhren nach Neuseeland wird eine Steigerung des bilateralen Handels um bis zu 30 % erwartet. Allein durch den Zollabbau sollen EU-Unternehmen bis zu 140 Mio. € einsparen. Der neuseeländische Dienstleistungsverkehr soll geöffnet werden für EU-Unternehmen und die EU-Investitionen in Neuseeland könnten um über 80 % zunehmen. Das EU-Handelsabkommen beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsverpflichtungen wie die Einhaltung des Übereinkommens von Paris sowie soziale Regelungen u. a. zum Arbeitnehmerschutz. Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Verpflichtungen sieht das Abkommen als letztes Mittel Sanktionen vor. Die Entwürfe werden nun juristisch überprüft und an den Rat und das Europäische Parlament übermittelt. Auch seitens Neuseelands muss das Abkommen noch ratifiziert werden.

[EU-NZ-Handelsabkommen: nachhaltiges Wirtschaftswachstum erschließen](#)

Subventionen aus Drittstaaten: Politische Einigung zur Verordnung über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 30.06.2022 eine politische Einigung zur Verordnung über wettbewerbsverzerrende Subventionen aus Drittstaaten erzielt. Diese zielt darauf ab, drittstaatliche Subventionen, die Wettbewerbsverzerrungen verursachen und dem fairen Wettbewerb im Binnenmarkt schaden, in allen Marktsituationen wirksam zu begegnen. Sie schafft einen umfassenden Rahmen für die Kommission, um jede Wirtschaftstätigkeit zu untersuchen, die von einer Subvention eines Nicht-EU-Landes im Binnenmarkt profitiert. In einem nächsten Schritt muss die politische Einigung noch formal von Rat und EP bestätigt werden, bevor sie im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird.

[Pressemitteilung des Rates](#)

ENERGIE

EU-Gasnotfall-Plan: Kommission legt Vorschlag zur Gasreduzierung vor

Die Kommission hat am 20.07.2022 ihren angekündigten Notfallplan Gas vorgelegt, um den Gasverbrauch in Europa bis zum nächsten Frühjahr um 15 % zu senken. Der Vorschlag beinhaltet neben einer Mitteilung auch einen Verordnungsvorschlag, der die Vorgabe für verpflichtende Einsparziele durch die Kommission ermöglichen soll. Zunächst sieht dieser eine freiwillige Gasreduzierung durch die Mitgliedstaaten zwischen 01.08.2022 und 31.03.2023 um 15 % vor. Wenn diese seitens der Mitgliedstaaten nicht hinreichend geboten wird und/oder sich die Versorgungslage drastisch verschlechtert, kann der sog. „Unionsalarm“ ausgelöst werden, der es der Kommission ermöglicht, die verbindlichen Einsparziele festzulegen. Die Mitgliedstaaten sollen nun bis Ende September ihre nationalen Notfallpläne aktualisieren, um aufzuzeigen, wie sie das



Reduktionsziel erreichen wollen, und der Kommission alle zwei Monate über die Fortschritte berichten. Da sich der Vorschlag auf Art. 122 AEUV stützt, ist lediglich die Zustimmung der Mitgliedstaaten erforderlich, eine Beteiligung des Europäischen Parlaments ist nicht vorgesehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Green Deal: EP-Ausschuss legt Standpunkte zur Energie-Effizienz- und Erneuerbare-Energien-Richtlinie fest

Der federführende Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 13.07.2022 die Positionen des EP zu zwei Energievorschlägen des Fit-for-55-Pakets (EB 13/21) angenommen. Demnach soll bei der Überarbeitung der Energie-Effizienz-Richtlinie (EED) das Ziel der Steigerung der Energieeffizienz bis 2030 ggü. 2007 auf mindestens 40 % für den Endenergieverbrauch und 42,5 % für den Primärenergieverbrauch angehoben und die nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten zur Erreichung dieses Ziels verbindlich werden. Was die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) betrifft, soll u. a. der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch der EU bis 2030 auf 45 % erhöht werden und die Emissionen im Verkehrssektor um mindestens 16 % bis 2030 sinken. Nachdem der Rat seine Positionen bereits am 27.06.2022 festgelegt hat (EB 12/22), können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen, sobald das EP als Ganzes die Entwürfe der Verhandlungspositionen auf der Plenarsitzung im September gebilligt hat.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Klage der Nord Stream 2 AG gegen Richtlinie für teilweise zulässig erklärt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 12.07.2022 die Klage der Nord Stream 2 AG gegen die Richtlinie zur Erreckung bestimmter Vorschriften des Erdgasbinnenmarktes auf Gasfernleitungen aus Drittländern für teilweise zulässig erklärt und das Verfahren für die Prüfung der Begründetheit der Klage an das Europäische Gericht (EuG) zurückverwiesen. Durch diese Richtlinie werden bestimmte Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt auf Gasfernleitungen aus Drittländern erstreckt. Das mit der Klage zunächst befasste EuG hatte diese als unzulässig abgewiesen (EB 10/20). Gegen den Beschluss legte die Nord Stream 2 AG Rechtsmittel beim EuGH ein.

Der EuGH betonte in seinem Urteil, dass auch Richtlinien mit einer Nichtigkeitsklage anfechtbar seien, wenn sie ihrem Wesen nach verbindliche Rechtswirkungen erzeugen sollen. Er stellte fest, dass die Nord Stream 2 AG dadurch in ihrer Rechtsstellung betroffen ist, dass sie aufgrund der Richtlinie spezifischen Verpflichtungen u. a. zur Entflechtung unterworfen wird. Bezüglich dieses Zieles sei die Richtlinie bindend. Zwar verfügen die Mitgliedstaaten grundsätzlich über Ermessen bei der Gewährung von Ausnahmen. Diese kommen aber für die Nord Stream 2 AG nicht in Frage. Die individuelle Betroffenheit ist laut EuGH zu bejahen, da nur auf die



Gasfernleitung Nord Stream 2 keine der in der Änderungsrichtlinie vorgesehenen Ausnahmen Anwendung finden kann. Das EuG wird nun über die Begründetheit der Nichtigkeitsklage entscheiden.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

Kommission führt Konsultation zu neuen Berichterstattungsvorschriften zu nationalen Energie- und Klimaplänen durch

Die Kommission hat am 12.07.2022 eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung im Rahmen der Energieunion eingeleitet. In der Durchführungsverordnung sollen Struktur, Format, technische Einzelheiten und das Verfahren für die Vorlage der Informationen festgelegt werden, die in den alle zwei Jahre von den EU-Ländern vorzulegenden Berichten über ihre Fortschritte bei der Erreichung der in den nationalen Energie- und Klimaplänen gesetzten Ziele enthalten sein sollen. Auch werden mit der Initiative die Informationen festgelegt, die in die E-Plattform für die Berichterstattung in den Bereichen Energie und Klima aufgenommen werden sollen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 09.08.2022.

[Zur Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Informeller Umweltrat in Prag erörtert Schutz der biologischen Vielfalt, Hilfe für die Ukraine und Anpassung an den Klimawandel sowie internationale Klimaschutzverpflichtungen

Vom 13. bis 14.07.2022 wurden im Rahmen des informellen Treffens der für Umweltfragen zuständigen Ministerinnen und Minister in Prag Fragen zu Natur- und Biodiversitätsschutz, die Umweltauswirkungen des Krieges in der Ukraine und die Anpassung an den Klimawandel diskutiert. Die tschechische Präsidentschaft betonte insbesondere, dass es beim Klimaschutz nicht sinnvoll ist, Anstrengungen zur Emissionsreduzierung und Anpassungsmaßnahmen zu trennen. Die Anpassung an den Klimawandel ist eng mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und der Wiederherstellung der Natur verbunden.

In der Debatte mit dem ukrainischen Umweltminister *Ruslan Strilets* ging es insbesondere darum, wie die EU und die Mitgliedstaaten die Ukraine dabei unterstützen können, die durch den Krieg verursachten schweren Umweltschäden zu verringern, zu überwachen und anschließend zu beheben. Nach Schilderungen des ukrainischen Umweltministers *Ruslan Strilets* sind ein Fünftel der ukrainischen Landschaft vom Krieg betroffen. Beispielsweise sind Wasserquellen bedroht, so dass die Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

Ferner wurden die internationalen Verpflichtungen der EU mit Blick auf die COP 15-Konferenz zur biologischen Vielfalt, die vom 05. bis 17.12.2022 in Montreal stattfinden soll, erörtert. Im Rahmen der COP 15-Konferenz wird es notwendig sein, sich auf den Globalen Rahmen für die biologische Vielfalt nach 2020 zu einigen. Für die nächsten 10 Jahre soll die Schlüsselstrategie für die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme in der Welt festgelegt werden. Die Umweltministerinnen und -minister waren sich einig, dass Europa wie in der Klimaagenda auch bei der biologischen Vielfalt mit ehrgeizigen Zielen weltweit führend sein soll.

Mit dem ersten Vizepräsidenten der Kommission, *Frans Timmermans*, diskutierten die Umweltministerinnen und -minister Fragen des internationalen Klimaschutzes und die Position der EU zur UN-Klimakonferenz COP 27, die vom 06. bis 18.11.2022 in Sharm El-Sheikh in Ägypten stattfinden soll. Aufbauend auf den bestehenden Verpflichtungen wird eine Beschleunigung der Reduzierung der Treibhausgasemissionen, die Mobilisierung der Klimafinanzierung, die Stärkung der Anpassung an den Klimawandel und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel angestrebt. Der Standpunkt der EU soll hierzu im Oktober förmlich angenommen werden.

[Pressemitteilung 13.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung 14.07.2022](#) (in englischer Sprache)



Kommission schlägt drei neue Module für die umweltökonomische Gesamtrechnung vor

Am 11.07.2022 hat die Kommission einen Vorschlag zur Einführung neuer Module für die umweltökonomische Gesamtrechnung mittels einer entsprechenden Änderung der Verordnung über die europäische umweltökonomische Gesamtrechnung ([Verordnung \(EU\) Nr. 691/2011](#)) veröffentlicht ([COM\(2022\) 329 final](#)). Der Anwendungsbereich der europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnung soll mit drei neuen Modulen – Waldrechnungen, Ökosystemrechnungen sowie Rechnungen über Umweltbeihilfen – und ähnliche Transfers erweitert werden. Damit sollen besser integrierte Datensätze für diese Zwecke erzielt werden. In den Ökosystemrechnungen werden Aspekte der biologischen Vielfalt und des Naturkapitals gemeinsam mit allgemeinen wirtschaftlichen Fragen in Bezug auf die Zuweisung von Ressourcen und die Nachhaltigkeit berücksichtigt. In den Waldrechnungen werden insbesondere Waldflächen und ihr für die Holzgewinnung verfügbarer Anteil gemessen sowie die Veränderungen dieser Flächen im Zeitverlauf nachvollzogen. In den Rechnungen über Umweltbeihilfen und ähnliche Transfers werden nationale haushaltspolitische Maßnahmen und Nicht-EU-Mittel ermittelt und quantifiziert, die den Grünen Deal durch wirtschaftliche Tätigkeiten und Produkte unterstützen, indem sie für den Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sorgen.

Zum Vorschlag hat die Kommission am 14.07.2022 eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Bis zum 08.09.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag COM \(2022\) 329 final](#)

[Konsultation](#)

Konsultation zur verbesserten Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht

Am 13.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation für eine verbesserte Umsetzung der Aarhus-Konvention im Beihilferecht veröffentlicht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Übereinkommens von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Der Ausschuss für die Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus stellte am 17.03.2021 fest, dass die derzeitigen Möglichkeiten der Öffentlichkeit, staatliche Beihilfen betreffende Beschlüsse der Kommission, die gegen EU-Umweltrecht verstoßen, anzufechten, den Verpflichtungen der EU aus dem Übereinkommen von Aarhus zuwiderlaufen. Am 12.07.2021 hat die Kommission sich verpflichtet, bis Ende 2022 die Auswirkungen dieser Feststellung zu analysieren und Optionen zur Lösung dieses Problems unter Berücksichtigung der EU-Beihilfavorschriften vorzuschlagen. Hierzu möchte die Kommission die betroffenen Interessensträger und die Öffentlichkeit umfassend konsultieren. Bis zum 05.10.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)



Konsultation zu Anforderungen an nationale Energie- und Klimapläne

Am 12.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu neuen Berichterstattungsvorschriften zu nationalen Energie- und Klimaplänen eingeleitet. Hierzu wurde ein Entwurf einer Durchführungsverordnung veröffentlicht, der die Struktur, Format, technische Einzelheiten und das Verfahren zur Vorlage der integrierten nationalen energie- und klimabezogenen Fortschrittsberichten enthält. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht über ihre Fortschritte bei der Erreichung der in den jeweiligen nationalen Energie- und Klimaplänen gesetzten Zielen der Kommission vorzulegen. Mit der Durchführungsverordnung sollen insbesondere auch die Anforderungen an Informationen festgelegt werden, die in die E-Plattform als einheitliches Portal für die Berichterstattung in den Bereichen Energie und Klima eingestellt werden sollen. Bis zum 09.08.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)

Strengere Grenzwerte von persistenten organischen Schadstoffen in Abfällen bestätigt

Am 12.07.2022 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) mit 67 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und bei einer Enthaltung der vorläufigen politischen Einigung, die am 21.06.2022 im Rahmen des Trilogs zwischen dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament (EP) erzielt wurde, zugestimmt. Mit der Novellierung der Anhänge der Verordnung über persistente organische Schadstoffe sollen solche Schadstoffe in Abfällen stärker begrenzt werden. Persistente organische Schadstoffe (sog. POP – engl. Persistent Organic Pollutants) sind organische Chemikalien, die sich durch ihre Langlebigkeit (Persistenz) auszeichnen, sich in der Nahrungskette anreichern und schädliche Wirkungen bei Menschen und Tieren aufweisen. Die Kommission hat am 28.10.2021 einen Vorschlag zur Änderung der Anhänge IV und V der Verordnung über persistente organische Schadstoffe ([COM\(2021\) 656 final](#)) unterbreitet. Die im Trilog erzielte Einigung sieht insbesondere vor, dass neue Chemikalien in die Liste der persistenten organischen Schadstoffe aufgenommen werden und für entsprechende Schadstoffe die zulässigen Konzentrationswerte in Abfällen verschärft werden (z. B. Perfluorooctansäure – PFOA, Dioxine und Furane, Perfluorhexansulfonsäure). Die Einigung muss noch vom Plenum des EP bestätigt werden.

[Abstimmungsergebnis](#)

[Text der vorläufigen politischen Einigung](#)

Kommission veröffentlicht neuen Leitfaden für EU-Förderprogramme für die Umwelt

Am 12.07.2022 hat die Kommission den neuen Leitfaden für EU-Förderprogramme für die Umwelt veröffentlicht. Die finanzielle Förderung der EU für Umweltmaßnahmen erfolgt über viele verschiedene EU-Finanzierungsprogramme. Der Leitfaden gibt einen Überblick über die EU-Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 der EU und der Unterstützung durch NextGenerationEU sowie der Möglichkeiten zur technischen Unterstützung. Der Leitfaden soll ein schnelles



und praktisches Nachschlagewerk für Projektträger sein, die Maßnahmen durchführen wollen, die der Umwelt direkt zugutekommen und insbesondere die Umweltziele des Europäischen Green Deals unterstützen. Es kommen auch Projekt in Betracht, die andere Ziele verfolgen, jedoch Umweltbelange in einer übergreifenden Weise integrieren (z. B. Investitionen in die Infrastruktur, deren Auswirkungen der Umwelt vorteilhaft sind). Die Beantragung von EU-Fördermitteln und Finanzierungen für Projekte für die Umwelt soll mittels des Leitfadens erleichtert werden.

[Leitfaden](#)

Verhandlungen mit sieben Nicht-EU-Ländern zum Beitritt des LIFE-Programms gestartet

Am 07.07.2022 hat die Kommission Verhandlungen mit Albanien, Andorra, Färöer-Inseln, Israel, Moldau, Nordmazedonien und Türkei über den Beitritt zum LIFE-Programm für Umwelt und Klima gestartet. Das LIFE-Programm ist das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Mit einem Beitritt sollen innovative Umwelt- und Klimatechnologien gefördert werden, um eine klimaneutrale und kreislaforientierte Wirtschaft in globaler Kooperation voranzubringen. Öffentliche und private Organisationen dieser Länder können bei der Entwicklung und Umsetzung ökoinnovativer und bewährter Techniken, bei Verhaltensänderungen und bei der Umsetzung sowie Überwachung von Umweltvorschriften finanziell unterstützt werden. Antragsteller aus diesen Drittländern können bereits im Rahmen der LIFE-Aufforderungen Projektvorschläge für 2022 einreichen. Vor einer Projektfinanzierung muss das jeweilige Land jedoch das Assoziierungsabkommen ratifizieren.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Europäische Umweltagentur: Bericht zur Abwasserbehandlung in der Kreislaufwirtschaft veröffentlicht

Am 05.07.2022 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) den Bericht bezüglich einer Abwasserbehandlung in einer Kreislaufwirtschaft veröffentlicht. Kommunale Abwasserbehandlungsanlagen nehmen eine Schlüsselrolle bei Europas Übergang hin zu einer schadstofffreien Zukunft ein. Mit dem Einsatz neuer Techniken und Innovationen könnten diese Einrichtungen als Ressourcenzentren fungieren, die zurückgewonnenes Wasser, Energie, Nährstoffe und organische Materialien zur Wiederverwendung, zum Recycling und zur Rückgewinnung bereitstellen. Insbesondere bieten die Überprüfungen und Bewertungen wichtiger Teile der europäischen Rechtsvorschriften (insbes. Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser, Klärschlamm-Richtlinie) die Möglichkeit für Modernisierungen und Verbesserungen, die auf eine effizientere Wassernutzung und eine verminderte Verschmutzung abzielen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)



Europäische Zentralbank stärkt Klimaschutz in der Geldpolitik

Am 04.07.2022 hat die Europäische Zentralbank (EZB) weitere Schritte beschlossen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Zukünftig werden verstärkt Aspekte des Klimawandels bei den Ankäufen von Unternehmensanleihen durch die EZB berücksichtigt. Der Rahmen für Sicherheiten, Offenlegungspflichten und die Risikosteuerung sollen im Einklang mit dem EZB-Maßnahmenplan zum Klimawandel erfolgen. Damit sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden (siehe auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Klimaagenda der EZB 2022](#)

Konsultation zur Erstellung des Frühwarnberichts zur Abfallbewirtschaftung

Am 04.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation im Rahmen der Erstellung ihres Frühwarnberichts zur Abfallbewirtschaftung in den Mitgliedstaaten eingeleitet. Im Frühwarnbericht wird die Kommission die Leistung der Mitgliedstaaten im Bereich der Abfallbewirtschaftung bewerten und prüfen, wie die Mitgliedstaaten die Recyclingziele für 2025 sowie für 2035 sowie die Zielvorgaben für die Deponierung voraussichtlich erreichen werden. Für die ermittelten Mitgliedstaaten, die Gefahr laufen, die Recyclingziele für 2025 zu verfehlen, sollen Empfehlungen ausgesprochen werden, wie sie ihre Leistung entsprechend verbessern können. Die Mitgliedstaaten sollen bei der Verwirklichung der bestehenden Ziele und Vorgaben, die im Abfallpaket von 2018 festgelegt wurden, unterstützt werden. Im Mittelpunkt der Konsultation stehen die derzeitigen Abfallbewirtschaftungsverfahren und mögliche Hindernisse, die eine wirksame Trennung an der Quelle, der Sammlung, Sortierung und dem Recycling im Wege stehen. Um den Sachstand bei den Abfallbewirtschaftungssystemen der Mitgliedstaaten zu ermitteln, hat die Kommission im Vorfeld zudem eine Studie in Auftrag gegeben. Bis zum 01.08.2022 besteht die Möglichkeit der Stellungnahme.

[Konsultation](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Antimikrobielle Resistenzen sind eine der drei größten Gesundheitsbedrohungen in Europa

Am 12.07.2022 hat die [Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen](#) der Kommission (HERA) folgende Liste der drei größten Gesundheitsbedrohungen veröffentlicht: (1) Krankheitserreger mit hohem Pandemienpotenzial, (2) chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen und (3) Bedrohungen aufgrund antimikrobieller Resistenzen. Antimikrobielle Resistenzen stellen eins der größten Risiken für die menschliche Gesundheit dar, weil sie allein weltweit schätzungsweise über 1,2 Mio. Todesfälle verursachen. Diese drei identifizierten Gesundheitsgefahren erfordern EU-weit koordinierte medizinische Gegenmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten. Insbesondere soll die bedarfsgerechte



Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und Bevorratung von Arzneimitteln, Diagnostika, Medizinprodukten und persönlichen Schutzausrüstungen unter Koordination der HERA mit anderen Kommissionsdienststellen und EU-Agenturen gewährleistet werden (siehe auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Lebensmittelsicherheit in Bezug auf die Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten

Am 06.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation für zusätzliche Anforderungen an die Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten aus Drittländern in die EU veröffentlicht. Mit den zusätzlichen Anforderungen sollen die Beschränkungen für die Verwendung von Tierarzneimitteln und die Anforderungen an Kontaminanten und Rückstände von Tierarzneimitteln sowie Pflanzenschutzmitteln in zur Lebensmittelerzeugung genutzten Tieren und Waren sichergestellt werden. Hierzu hat die Kommission den Entwurf einer Delegierten Verordnung auf der Grundlage der Bestimmungen über amtliche Kontrollen zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel ([Verordnung \(EU\) 2017/625](#)) vorgelegt. Zweck dieser geplanten Delegierten Verordnung ist es, alle entsprechenden zusätzlichen Anforderungen in einem Rechtsakt festzulegen, so dass die bestehende [Delegierte Verordnung \(EU\) 2019/625](#) aufgehoben werden kann. Bis zum 03.08.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)

Kommission betont erfolgreiche Bekämpfung von Salmonellose

Am 06.07.2022 berichtete die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) der Kommission über die Erfolge bei der Bekämpfung von Salmonellose durch Lebensmittelkontrollen an verschiedenen Stellen in der Produktionskette. Salmonellose ist die am häufigsten identifizierte Ursache für lebensmittelbedingte Krankheitsausbrüche in der EU, die durch den Verzehr von kontaminierten Lebensmitteln (z. B. Eier, Schweine- oder Geflügelfleisch) übertragen wird. Zwischen 2004 und 2009 sind die Salmonellenfälle in der EU um fast 50 % zurück gegangen. Im Jahr 2020 waren 52.705 Menschen betroffen, im Vergleich zu 88.000 im Jahr 2019. In den Mitgliedstaaten wurden insbesondere verstärkte Salmonellenprogramme für Geflügel (insbes. Stichprobenkontrollen entlang der Produktionskette) durchgeführt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung bei Klimageräten, elektronischen Displays, Lichtquellen und Kühlgeräten

Am 12.07.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung von Klimageräten, elektronischen Displays, Lichtquellen und Kühlgeräten eingeleitet. Die geltenden Vorschriften sollen geändert werden, um es den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu erleichtern, die



energieeffizientesten Produkte zu wählen. Neben Angaben zum Energieverbrauch enthalten die Labels auch Gebrauchsinformationen wie z. B. Lärmemissionen oder zum Wasserverbrauch. Hierzu hat die Kommission einen Entwurf einer Delegierten Verordnung veröffentlicht. Bis zum 09.08.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)

Verbraucherausschuss des Europäischen Parlaments positioniert sich zur Verbraucherkreditrichtlinie

Am 12.07.2022 hat der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP) seine Position zum Vorschlag der Verbraucherkreditrichtlinie mit 42 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen. Die Kommission hat hierzu ihren Vorschlag für eine Richtlinie über Verbraucherkredite am 30.06.2021 ([COM\(2021\) 347 final](#)) vorgelegt. Die Abgeordneten sprechen sich insbesondere dafür aus, dass eine ordnungsgemäße Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers stattfindet, Kreditinformationen klar, prägnant und standardisiert auf digitalen Geräten leicht lesbar sein müssen und die Werbung zum Schutz vor Überschuldung entsprechend reglementiert werden muss. Der Anwendungsbereich der Richtlinie sollte sich auf Kreditverträge von bis zu 150.000 € beziehen, wobei die letztliche Obergrenze auf Grund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt werden sollte. Nachdem das Plenum des EP die Haltung bestätigt und der Rat seine allgemeine Ausrichtung bereits am 09.06.2022 festgelegt hat, können die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) nach der Sommerpause beginnen (siehe auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Bericht](#) (in englischer Sprache)

Viele Webseiten von Autovermietungsmaklern entsprechen nicht den Verbraucherschutzvorschriften

Am 04.07.2022 hat die Kommission zusammen mit den nationalen Verbraucherschutzbehörden die Ergebnisse einer EU-weiten Überprüfung von Webseiten, die Mietwagen vermitteln, veröffentlicht. 55 % der überprüften Webseiten von Autovermietungsmaklern verstoßen gegen EU-Vorgaben. Insgesamt wurden 78 Webseiten, auf denen Autovermietungen vermittelt werden, überprüft, ob die EU-Verbrauchervorschriften eingehalten werden. In fast einem Drittel der Webseiten blieb unklar, ob sich Verbraucher bei Fragen oder Beschwerden an den Makler oder den Vermieter wenden müssen. In 28 % der überprüften Webseiten wird nicht eindeutig der Firmenname des Vermittlers angegeben. Fast in 50 % der Fälle ist unklar, welche Leistungen von der Versicherung abgedeckt werden. Ebenso wurden Probleme bei Preisinformationen identifiziert, wie z. B. unvollständige Informationen zu obligatorischen Gebühren, Gebühren für junge Fahrer oder einmalige Gebühren.



Die nationalen Verbraucherschutzbehörden werden die entsprechenden Verantwortlichen auffordern, die Webseiten zu korrigieren und die EU-Verbraucherschutzvorschriften durchsetzen.

[Ergebnisse der Überprüfung](#) (in englischer Sprache)

[Verbraucherrechte beim Mietwagen](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Leitfaden zur einheitlichen Umsetzung der EU-Produktvorschriften

Am 29.06.2022 hat die Kommission den Leitfaden für die Umsetzung der Produktvorschriften in der EU 2022 („Blue Guide“) veröffentlicht. Die aktuelle Überarbeitung des seit dem Jahr 2000 aufgelegten Leitfadens berücksichtigt die Entwicklungen seit 2016. Der neue „Blaue Leitfaden“ der Kommission erläutert, wie die EU-Produktvorschriften im europäischen Binnenmarkt, sei es z. B. für Medizinprodukte, Spielzeug, Messinstrumente, Funkanlagen oder Düngemittel, rechtskonform umgesetzt werden. Damit sollen die Produktvorschriften einheitlich im ganzen Binnenmarkt umgesetzt werden. Ferner enthält der Leitfaden Erläuterungen und Ratschläge zum europäischen System der Konformitätsbewertung, zur Akkreditierung von Laboratorien, zur CE-Kennzeichnung und zur Marktüberwachung.

[Pressemitteilung](#)

[Leitfaden für die Umsetzung der Produktvorschriften der EU 2022](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 18.07.2022 in Brüssel erstmals unter tschechischem Vorsitz.

Sie forderten insbesondere eine rasche Genehmigung der nationalen Strategiepläne im Rahmen der GAP, billigten Schlussfolgerungen zur Aquakultur und sprachen über die Lage auf den Agrarmärkten und die Auswirkungen der aktuellen Trockenheit in der EU.

Landwirtschaftsminister *Zdeněk Nekula* stellte die Prioritäten des tschechischen Ratsvorsitzes für den Agrarrat vor. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Ernährungssicherheit im Zusammenhang mit der russischen Invasion in die Ukraine, der Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und der Verhinderung der Entwaldung.

Agrarkommissar *Wojciechowski* hob den positiven Verlauf der strukturierten Dialoge mit den MS zu den nationalen Strategieplänen im Rahmen der GAP hervor. Mit den MS Portugal, Spanien, Polen, Frankreich und Dänemark sind die Gespräche abgeschlossen. Er rechne mit einer zeitnahen Vorlage der bewilligungsreifen Strategiepläne und mit einer Genehmigung im September. Bis Ende des Jahres soll der komplette Prozess abgeschlossen sein. Eine schnelle Annahme sei wichtig, aber die Ziele der Reform müssen unbedingt eingehalten werden.

Die Minister einigten sich auf eine Reihe von Schlussfolgerungen zur Aquakultur, um einen nachhaltigen, widerstandsfähigen und wettbewerbsfähigen Meeres- und Süßwasser-Aquakultursektor aufzubauen. Die Minister riefen dazu auf, dem Sektor eine entsprechend hohe Priorität einzuräumen, um seine Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern.

Die Minister erörterten den jüngsten Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Sie begrüßten die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und äußerten ihre Besorgnis über die Festlegung des Ziels einer Reduzierung der Menge chemischer Pflanzenschutzmittel um 50 % sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Sie erinnerten an die Notwendigkeit tragfähiger nachhaltiger Alternativen zu diesen Pflanzenschutzmitteln, bevor verbindliche Ziele für deren Reduzierung festgelegt werden. Sie betonten auch, dass Nachhaltigkeit nicht auf Kosten der Ernährungssicherheit oder der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft gehen darf.

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über den Stand der Verordnung über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse im Zusammenhang mit Entwaldung und Waldschädigung. Mit dem Vorschlag der Kommission soll sichergestellt werden, dass die von den Europäern gekauften Produkte nicht an der Waldzerstörung beteiligt sind. Die Tschechische Republik ist bereit, Triloge zu diesem Thema mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament einzuleiten.



Zusätzlich erörterten sie die Notwendigkeit, die Rechtsvorschriften über Tiertransporte in der EU.

[Tagung Agrarrat](#) (in englischer Sprache)

[Hintergrundinformationen Agrarmärkte](#)

[Ratsschlussfolgerungen Aquakultur - Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Ratsschlussfolgerungen Aquakultur](#) (in englischer Sprache)

Dürrebeobachtungsstelle veröffentlicht Bericht zur Trockenheit in der EU

Die Europäische Dürrebeobachtungsstelle (EDO) – ein Dienst der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission – hat am 18.07.2022 einen Bericht über die Trockenheit (Dürrelage) in der EU veröffentlicht.

Nach dem Bericht gelte für einen großen Teil der EU derzeit eine Dürre-Warnstufe (46 %) oder eine Dürre-Alarmstufe (11 %). In der Folge werde man in Frankreich, Rumänien, Spanien, Portugal und Italien wahrscheinlich mit geringeren Ernterwartungen zurecht kommen müssen. In gewissem Maße seien auch Deutschland, Polen, Ungarn, Slowenien und Kroatien betroffen. Besonders wird auf die schwierige Lage in Italien verwiesen.

Gegen Waldbrände helfe die EU durch das Entsenden von Löschflugzeugen aus der rescEU-Flotte und der Überwachung von bestimmten Wäldern durch den Copernicus-Satellitendienst.

[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#) (in englischer Sprache)

Kurzfristiger Ausblick der Kommission auf die Agrarmärkte

Die Kommission hat am 07.07.2022 den neuesten Bericht über die kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte veröffentlicht.

Der Bericht zeigt, dass sich die Auswirkungen der russischen Aggression in der Ukraine weiterhin auf die globalen Rohstoffmärkte auswirken und eine große Bedrohung für die weltweite Ernährungssicherheit darstellen. Die ukrainische Landwirtschaft ist entlang der gesamten Lieferkette von der Produktion bis zum Handel direkt betroffen.

In der EU wird die Getreideproduktion durch trockene Witterungsbedingungen in mehreren Regionen beeinträchtigt. Daher sind die Prognosen für die Getreideproduktion in der EU niedriger als erwartet und liegen unter dem Niveau von 2021. Die vorhandenen Bestände werden laut des Berichts jedoch dazu beitragen, den Bedarf für den Binnenverbrauch und einen Teil der Exportnachfrage zu decken.

Die gesamte Getreideerzeugung in der EU wird voraussichtlich rd. 280 Mio. t erreichen, was einem Rückgang von 2 - 5 % gegenüber der Saison 2021/22 entspricht. Es wird jedoch erwartet, dass die Nachfrage nach Futtermitteln und Getreide zur Herstellung von Biokraftstoffen zurückgehen wird und die Getreideausfuhren im



Vergleich zu 2021 um rd. 15 % steigen werden, was den Rückgang des Exports aus der Ukraine etwas abmildert.

Die im März von der Kommission gewährte Ausnahmeregelung, die die Erzeugung von Kulturen für Lebens- und Futtermittelzwecke auf brachliegenden Flächen erlaubt, führte zu einer Erhöhung der Aussaatflächen v. a. von Eiweißpflanzen. Es wird erwartet, dass die EU-Sonnenblumenkernproduktion rd. 11 Mio. t (+ 8 %) ein Allzeithoch erreichen wird.

Der Tiersektor der EU (Fleisch und Milchprodukte) steht aufgrund des Ausbruchs von Tierseuchen und der hohen Futtermittelpreise vor eigenen Herausforderungen.

Die Milchpreise in der EU befinden sich auf einem Rekordniveau. Trotzdem bleiben die Margen der landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der hohen Kosten für Betriebsmittel und Logistik gering.

Es wird erwartet, dass die Rindfleischerzeugung trotz hoher Preise im Jahr 2022 zurückgehen wird.

Zunehmende umweltbezogene Maßnahmen, geringere Exportaussichten, anhaltend hohe Inputkosten und die Afrikanische Schweinepest (ASP) führen zu einem erwarteten Rückgang der Schweinefleischerzeugung um rd. 5 % im Jahr 2022.

Die Verfügbarkeit von Lebensmitteln in der EU ist nicht gefährdet.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Bericht über die kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte](#) (in englischer Sprache)

Rat beschließt weitere Liberalisierung des Agrarhandels mit der Republik Moldau

Der Rat hat am 18.07.2022 einer vorübergehenden Liberalisierung des Handels mit weiteren landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Republik Moldau zugestimmt.

Die Republik Moldau kann ein Jahr lang mindestens die doppelte Menge an Tomaten, Knoblauch, Tafeltrauben, Äpfel, Kirschen, Pflaumen und Traubensaft in die EU zollfrei einführen. Das potenzielle zollfreie Volumen wird sich nun auf rund 55 Mio. € belaufen, etwa 10 Mio. € entfallen dabei auf Pflaumen und 27 Mio. € auf Tafeltrauben.

Mit diesem Solidaritätsbeweis will die EU der Republik Moldau dabei helfen, den Verlust der wichtigsten Märkte und Transitknotenpunkte zu bewältigen, der bezüglich dieser zentralen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch den ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entsteht.

Die Verordnung muss noch im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden, um einen Tag später in Kraft treten zu können (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem Bericht).

[Pressemitteilung](#)



AGRI: Annahme Bericht zur neuen EU-Waldstrategie

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 12.07.2022 mit 30 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen den Entschließungsentwurf „Eine neue EU-Waldstrategie für 2030 – Nachhaltige Waldbewirtschaftung in Europa“ der Berichterstatterin MdEP *Ulrike Müller* (RENEW/D) angenommen.

Die Abgeordneten betonen die Bedeutung und Vielfalt der EU-Wälder und fordern, dass ihre nachhaltige Bewirtschaftung gemeinsam mit den Waldbesitzern entwickelt wird. Nur so können diese und vor allem ihre wertvollen Funktionen erhalten und ausgebaut werden: In Anerkennung der vielfältigen Ökosystemleistungen und sozioökonomischen Funktionen, die Wälder bieten, einschließlich der Eindämmung des Klimawandels und der Schaffung von mehr als 2 Millionen Arbeitsplätzen in der EU, fordern die Abgeordneten eine ausgewogene Umsetzung der Strategie in Bezug auf die Erbringung all dieser Dienstleistungen.

Holzbaasierte Produkte sollten so effizient wie möglich und im Einklang mit den nationalen Besonderheiten eingesetzt werden, so die Abgeordneten.

Der Bericht fordert eine nachhaltige aktive Bewirtschaftung der Wälder, um die Anpassung und Widerstandsfähigkeit der Wälder an das Ökosystem zu stärken. Angesichts der unterschiedlichen Wälder und Klimabedingungen der EU sollte diese Bewirtschaftung jedoch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene entwickelt werden.

Die Landwirtschaftsabgeordneten fordern ferner eine gemeinsame Definition sowie die Kartierung von Primär- und Urwäldern, die eine Schlüsselrolle für den Schutz der biologischen Vielfalt, die Kohlenstoffbindung und die Bereitstellung von Süßwasser spielen.

Der Text betont unterschiedliche Eigentumsverhältnisse und Formen der Bewirtschaftung von Wäldern in den Mitgliedstaaten.

Die Entschließung zu einer neuen EU-Waldstrategie für 2030 muss nun vom Plenum des EP verabschiedet werden, möglicherweise während der September-Sitzung.

[Agrarausschuss nimmt Bericht zur neuen EU-Waldstrategie an](#)

AGRI billigt Vereinbarung mit Rat über VO zu Agrarstatistiken

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlamentes (AGRI) hat am 12.07.2022 eine Vereinbarung mit dem Rat über eine Verordnung über Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung angenommen.

Die Verordnung soll die Erhebung von landwirtschaftlichen Daten in der EU, einschließlich der Statistiken über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, vereinheitlichen.

Die gesammelten Daten werden zur Bewertung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Farm to Fork – Strategie und der Biodiversitätsstrategie verwendet. Die ersten Daten über die Größe der mit



Pflanzenschutzmitteln behandelten Anbauflächen sollen 2026 erhoben und 2028 veröffentlicht werden. Danach soll die Erhebung jährlich erfolgen.

Der Verordnungsentwurf muss nun vom Plenum des Europäischen Parlaments und vom Rat förmlich angenommen werden. Die Verordnung wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten und ab dem 01.01.2025 gelten.

[Pressemitteilung AGRI](#) (in englischer Sprache)

[Einigung mit dem Rat](#) (in englischer Sprache)

EuRH: Sonderbericht zur Betrugsbekämpfung in der EU-Agrarpolitik

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 04.07.2022 einen Sonderbericht zu Betrug im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veröffentlicht.

Der Sonderbericht 14/2022 untersucht Daten aus dem Zeitraum 2007 bis 2020. Zugleich wurden die Antworten der Kommission auf diesen Bericht veröffentlicht.

In dem Bericht wird auf die Betrugsrisiken im Rahmen der EU-Agrarpolitik infolge der Komplexität vieler der finanzierten Maßnahmen verwiesen und es wird bewertet, wie die Kommission auf derartigen Betrug reagiert hat. Die Prüfer kommen zu dem Schluss, dass die Kommission zwar gegen Betrug bei den EU-Agrarausgaben vorgegangen ist, sie halten aber stärker proaktive Maßnahmen gegen bestimmte Betrugsrisiken, insbesondere bei Investitionsmaßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, für wünschenswert.

In ihrer Antwort verweist die Kommission auf die geteilte Zuständigkeit beim Haushaltsvollzug. Auch die Mitgliedsstaaten müssten eine effektive Betrugsbekämpfung sicherstellen. Die Förderung des Einsatzes von Satellitendaten für das GAP-Monitoring sei voranzutreiben.

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Sonderbericht](#)

[Antworten der Kommission auf den Sonderbericht](#)

Abschluss des Freihandelsabkommens mit Neuseeland

Die Kommission und Neuseeland haben am 30.06.2022 die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) abgeschlossen. Die Verhandlungen für das FHA wurden bereits im Juni 2018 aufgenommen.

Für den Bereich der Landwirtschaft beinhaltet das Abkommen viele Erleichterungen: Zölle auf Schweinefleisch, Wein und Schaumwein, Schokolade, Zuckerwaren und Kekse aus der EU werden mit dem Inkrafttreten abgeschafft. Außerdem werden künftig die gesamte Liste der Weine und Spirituosen aus der EU sowie 163 geografische Angaben auch in Neuseeland geschützt werden.

Für bestimmte Erzeugnisse, wie einige Milcherzeugnisse, Rind- und Schaffleisch, Ethanol und Zuckermais, wird es Zollkontingente für die Einfuhr in die EU geben.



Des Weiteren wurden gemeinsame Standards für ein nachhaltiges Ernährungssystem und Tierwohl vereinbart. In Kürze werden die ausgehandelten Textentwürfe veröffentlicht. Nach der rechtlichen Überarbeitung und der Übersetzung in alle EU-Amtssprachen wird die Kommission das Abkommen dem Rat zur Unterzeichnung vorlegen. Danach kann dieses von der EU und Neuseeland unterzeichnet werden. Im Anschluss erfolgen die Zustimmungen des Europäischen Parlaments sowie die Ratifizierung durch Neuseeland. Erst danach kann das Abkommen in Kraft treten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Factsheet zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland](#)

Inkrafttreten der neuen EU-Verordnung über Düngemittel

Am 16.07.2022 ist die neue EU-Verordnung über Düngemittel in Kraft getreten.

Die Verordnung (EU) 2019/1009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 05.06.2019 mit Vorschriften für die Bereitstellung von Düngeprodukten auf dem Markt soll eine fakultative Harmonisierung ermöglichen, d. h. die Erzeuger können entscheiden, ob sie die neuen EU-Vorschriften anwenden oder weiterhin die nationalen Vorschriften einhalten wollen, um Produkte in der EU in Verkehr zu bringen.

Sie legt außerdem Grenzwerte für bestimmte Stoffe, wie Cadmium, Quecksilber oder Arsen, in Düngemitteln fest.

Nach Ansicht der Kommission wird die neue Verordnung die Rolle des Binnenmarktes stärken, zur Verringerung der Umweltauswirkungen von Düngemitteln beitragen, ihre Risiken für die menschliche Gesundheit begrenzen und die Abhängigkeit Europas von Düngereinfuhren verringern.

Sie sei ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Landwirtschaft. Hierzu soll u. a. eine stärkere Verwendung organischer und abfallbasierter Düngemittel beitragen, welche durch die neue Verordnung erleichtert werde. Zur besseren Umsetzung hat die Kommission einen Leitfaden für Unternehmen in Form einer Mitteilung herausgegeben.

[Pressemitteilung](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/1009](#)

Kommission richtet Expertengremium zu Kohlenstoffspeicherung ein

Die Kommission hat am 06.07.2022 den Startschuss für die Einrichtung eines Expertengremiums zum Thema Carbon Farming/Kohlenstoffspeicherung gegeben.

Dafür werden u. a. auch Experten aus den Mitgliedstaaten (Versuchsanstalten, Behörden, etc.) gesucht, die sich in diesem Beratungsgremium mit ihrem Fachwissen zur Kohlenstoffspeicherung in landwirtschaftlichen Böden einbringen möchten.



Der Hintergrund ist die von der Kommission für 30.11.2022 geplante Veröffentlichung zur Zertifizierung von Kohlenstoffspeicherung, die Bestandteil des Green-Deal ist.

Die Bewerbung für das Expertengremium ist bis zum 15.09.2022 möglich.

[Kommission sucht Experten zu Kohlenstoffspeicherung](#) (in englischer Sprache)

Einjähriges Jubiläum EU-Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Lebensmittelgeschäfte und Vermarktungspraktiken

Die Kommission berichtete am 05.07.2022 zu den Fortschritten des EU-Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Unternehmens- und Handelspraktiken im Lebensmittelbereich.

Der Kodex wurde im Juli 2021 ins Leben gerufen und ist eine freiwillige Initiative, welche die Akteure in der „mittleren Lebensmittelkette“ (Hersteller, Großhandel, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie) dazu ermutigen soll, auf freiwilliger Basis ihre Nachhaltigkeitsleistung zu verbessern und darüber zu berichten. Er ist ein Schlüsselement der Farm to Fork - Strategie.

Die Unterzeichner verpflichten sich u. a. dazu, gesunde und nachhaltige Ernährungsweisen zu fördern, die Ressourceneffizienz in ihren eigenen Betrieben zu verbessern, nachhaltige Lieferketten zu fördern und jährlich über diese Verpflichtungen zu berichten. Im Laufe des letzten Jahres stieg die Zahl der Unterzeichner von 65 auf heute 124. Auf Grundlage der Berichte hat die Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, um die Selbstverpflichtungen der Unternehmen und die Bereiche, die sie abdecken, zu kartieren. Die ersten Ergebnisse sollen am Ende des Jahres vorliegen. Bei – aus Sicht der Kommission – unzureichenden Fortschritten, behält diese sich gesetzgeberische Schritte vor.

[Überblicksseite der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Verhaltenskodex](#)

[Liste der Unterzeichner](#) (in englischer Sprache)

EuGH: Urteil zum Umfang des Schutzes von geschützten Ursprungsbezeichnungen bei der Ausfuhr in Drittstaaten

Der EuGH hat am 14.07.2022 über den Umfang des Schutzes von geschützten Ursprungsbezeichnungen bei der Ausfuhr in Drittstaaten entschieden.

Der Gerichtshof hat in einem Vertragsverletzungsverfahren geurteilt, dass Dänemark gegen seine Pflichten aus der Verordnung Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel verstoßen hat.



Es hat die Verwendung der Bezeichnung „Feta“ für Käse, der zur Ausfuhr in Drittländer bestimmt ist, nicht unterbunden, obwohl dieser nicht den Voraussetzungen der einschlägigen Produktspezifikation entspricht.

[Pressemitteilung](#)

[Entscheidung des EuGH im Volltext](#)

[Verordnung Nr. 1151/2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel](#)

EuGH: Urteil zu einer Ausnahme bzgl. der Lenkzeiten-Beschränkung für Unternehmen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 07.07.2022 zur Frage Stellung genommen, inwieweit Fahrzeuge von Landwirtschafts-, Gartenbau-, Forstwirtschafts- oder Fischereiunternehmen von einer Ausnahme bzgl. der Lenkzeiten-Beschränkung profitieren können.

Der Gerichtshof hat in dem Urteil für Recht erkannt, dass „der Umkreis von 100 km vom Standort des Unternehmens“ als Luftlinie zu verstehen ist und es nicht auf die tatsächlich zurückgelegte Straßenentfernung ankommt.

[Urteil des Gerichtshofs](#)

[Straßenverkehr-Sozialvorschriften-VO \(EG\) Nr. 561/2006](#)

Kommission schlägt drei neue Module für die umweltökonomische Gesamtrechnung vor

Die Kommission hat am 11.07.2022 einen Vorschlag für die Änderung der Verordnung über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (VO 691/2011) veröffentlicht.

Nach der bisherigen Verordnung müssen die Mitgliedsstaaten in sechs Bereichen Daten an Eurostat übermitteln. Zu den bestehenden Umweltkonten sollen drei Konten hinzugefügt werden: Ökosysteme, Wälder und Umweltsubventionen.

Die Waldkonten sollen die Waldfläche und ihren verfügbaren Anteil für die Holzgewinnung messen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem Bericht).

[Pressemitteilung](#)

[Verordnungsvorschlag der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Kommission verklagt Ungarn vor dem EuGH wegen Verletzung von LGBTIQ-Rechten

Die Kommission hat am 15.07.2022 beschlossen, Ungarn wegen der Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen vor dem Gerichtshof der EU zu verklagen. Anlass ist ein am 15. Juni 2021 verabschiedetes ungarisches Gesetz über ein strengeres Vorgehen gegen pädophile Straftäter und zur Änderung bestimmter Gesetze zum Schutz von Kindern. Einige der neuen Bestimmungen zielen darauf ab, den Zugang Minderjähriger zu Inhalten einzuschränken, die „von dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht abweichende Identitäten, Geschlechtsumwandlungen oder Homosexualität fördern oder darstellen“.

Nach Auffassung der Kommission werden durch das ungarische Recht Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Es stehe den Grundwerten der EU entgegen und verstoße gegen eine Reihe von EU-Vorschriften, so die Kommission in einer Mitteilung. Die Klage beim Gerichtshof ist der nächste Schritt in einem Vertragsverletzungsverfahren, das die Kommission bereits am 15. Juli 2021 mit einem Aufforderungsschreiben gegen Ungarn eingeleitet hatte. Die ungarischen Behörden konnten im bisherigen Verfahren die Bedenken der Kommission nicht ausräumen.

[Pressemitteilung](#)

Eurofound-Umfrage: Das Vertrauen in die Institutionen nimmt in der EU weiter ab

Seit Beginn der Corona-Krise hat die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) mit elektronisch durchgeführten Umfragen die Auswirkungen der Pandemie auf das Leben der EU-Bürger untersucht. Ein Ergebnis der aktuellen Befragungsrunde des „*Living, Working and Covid-19 e-survey*“ ist, dass die Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungsmaßnahmen insbesondere bei jungen Menschen das psychische Wohlbefinden beeinträchtigt haben. Auch wenn die meisten EU-Länder ihre Beschränkungen aufgehoben haben, so hat das psychische Wohlbefinden der Umfrage zufolge noch nicht das Level von vor der Pandemie erreicht. Viele junge Menschen warten auch auf psychologische Hilfen. Insgesamt beklagt etwa jeder fünfte Befragte ein medizinisches Problem, für welches er noch keine Behandlung erhalten hat. Die Umfrage zeigt auch, dass das Vertrauen in die Institutionen gesunken ist. Dabei haben Befragte, die bevorzugt soziale Medien als Nachrichtenquelle nutzen, weniger Vertrauen in etablierte Institutionen als Befragte, die traditionelle Medien nutzen.

[Pressemitteilung](#)

[Umfrageergebnisse im Einzelnen](#) (in englischer Sprache)

EU-Jahresbericht zur Beschäftigung: Junge Menschen leiden am stärksten unter Jobverlusten

Die Kommission hat am 12.07.2022 ihren Jahresbericht zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa veröffentlicht. Der Bericht richtet den Fokus im Jahr der Jugend 2022 auf Menschen unter 30 Jahren. Sie sind



den Angaben zufolge durch die von der COVID-19-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise am stärksten betroffen. Für junge Menschen sei es weiterhin schwierig, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden – oder einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Fähigkeiten und Erfahrungen entspricht. Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU ging 2021 insbesondere gegen Jahresende zwar zurück, blieb aber um einen Prozentpunkt höher als vor der Krise (2019). Im Schnitt sind junge Menschen dem Bericht zufolge eher in einer schwierigen sozialen und finanziellen Lage. Als Handlungsempfehlungen nennt der Bericht beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen, die es jungen Menschen beispielsweise ermöglichen, Kompetenzen zu erwerben oder die Mobilität als Grundstein für ein erfolgreiches und krisenfestes Berufsleben fördern.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament: EU muss mehr tun, um das Potenzial der Sozialwirtschaft voll auszuschöpfen

Am 06.07.2022 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) eine Entschließung mit Empfehlungen zum EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft angenommen. Der Text unterstreicht, dass die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft gestärkt werden müssen. Insofern wird nachdrücklich die Ankündigung der Kommission begrüßt, eine Ratsempfehlung zur Entwicklung von Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft vorzulegen (erwartet für das Jahr 2023). Das EP fordert u. a., dass die Empfehlung eine gemeinsame Definition der Sozialwirtschaft auf Unionsebene enthalten sollte.

Die Mitgliedstaaten werden von den Abgeordneten aufgefordert, Koordinatoren für die Sozialwirtschaft zu benennen und lokale Kontaktstellen einzurichten, um über vorhandene Fördermöglichkeiten (einschließlich der EU-Mittel) zu informieren und den Zugang dazu zu erleichtern. Eine EU-Online-Plattform soll den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten, lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und Netzwerken der Sozialwirtschaft ermöglichen. Für die wirksame Umsetzung des EU-Aktionsplans für die Sozialwirtschaft soll zudem eine Taskforce eingerichtet werden.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung](#)

Abgeordnete fordern Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Im Zuge der Plenartagung des Europäischen Parlaments haben die Abgeordneten am 05.07.2022 einen Bericht angenommen, in dem gefordert wird, dass die Gleichstellung der Geschlechter wirksamer in die Politik integriert wird. Die Kommission solle eine ambitionierte europäische Strategie zur Armutsbekämpfung bis 2030 mit einem Schwerpunkt auf der Beseitigung der Frauenarmut entwickeln. Die Abgeordneten fordern zudem geschlechtsneutrale Werkzeuge zur Beschäftigungsbewertung, damit Arbeit, die überwiegend von Frauen erbracht wird, gerechter bezahlt wird. Auch der Zugang zu bezahlbarer Kinderbetreuung würde die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.



Zudem sollte die Diskriminierung in der Steuerpolitik bekämpft, und die Mehrwertsteuer auf Hygieneartikel für Frauen abgeschafft werden.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Parlament will mentale Gesundheit im digitalen Arbeitsumfeld stärken

Das Europäische Parlament (EP) fordert Präventivmaßnahmen zur Erhaltung der mentalen Gesundheit im digitalen Arbeitsumfeld. In einer am 05.07.2022 angenommenen Entschließung erkennen die Abgeordneten einerseits die Vorteile der Heimarbeit an, stellen andererseits aber auch erhebliche Gesundheitsrisiken fest, die sich beispielsweise aus einer Verwischung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben und einer höheren Arbeitsintensität ergeben könnten. Das EP fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern die digitale Arbeit zum Schutz der psychischen Gesundheit stärker zu regulieren. Unter anderem soll eine Richtlinie entwickelt werden, die allen Arbeitnehmern ein effektives Recht auf Nichterreichbarkeit einräumt und die Nutzung digitaler Werkzeuge regelt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Abgeordnete für Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte

Das Europäische Parlament hat am 07.07.2022 in einer Entschließung die Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der EU gefordert. Dem Rat soll folgender Vorschlag zur Änderung von Artikel 7 der Charta unterbreitet werden: „Jeder hat das Recht auf sichere und legale Abtreibung“. Anlass der Entschließung war die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA vom 24.06.22, den garantierten landesweiten Schutz des Rechts auf Abtreibung aufzuheben. Die Abgeordneten brachten ihre Solidarität mit Frauen und Mädchen in den USA sowie für diejenigen zum Ausdruck, die sich für das Recht auf legale und sichere Abtreibung unter solch schwierigen Bedingungen einsetzen.

[Pressemitteilung](#)

Neue Qualifikationspartnerschaft soll digitale Kompetenzen fördern

Die Kommission hat am 18.07.22 für die Initiative „Pakt für Kompetenzen“ eine neue Qualifikationspartnerschaft gewonnen. Das Ziel der EU-weiten Partnerschaft zwischen Verbänden, Unternehmen und Bildungsanbietern ist es, mehr Menschen digital zu schulen und einen Einstieg in die digitale Industrie zu ermöglichen. Zunächst steht der Ausbau der Fähigkeiten von Arbeitnehmern im Fokus. Konkrete gemeinsame Ziele, wie die Zahl der Umschulungen, werden im Laufe der Partnerschaft entwickelt.

[Pressemitteilung](#)



Europass hilft Fähigkeiten, Qualifikationen sowie Berufs- und Lernerfolge zu kommunizieren

Die Plattform Europass hat ihren zweiten Geburtstag gefeiert. Seit dem 01.07.2020 unterstützt der digitale Dienst Menschen dabei, ihre Fähigkeiten, Qualifikationen sowie Berufs- und Lernerfolge zu kommunizieren. Das kostenlose Angebot steht in 30 Sprachen zur Verfügung. Europass-Nutzer können beispielsweise verschiedene Designs für Lebensläufe und Anschreiben auswählen oder ihre Europäischen Digitalen Lernnachweise über die Plattform erhalten und speichern. Europass bietet auch einen „Digital Skills“-Test, der dabei hilft, ihre digitalen Fähigkeiten zu verstehen und einzuschätzen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Öffentliche Arbeitsverwaltungen sollen ihr Wissen über künftige Qualifikationsbedarf stärken

In einem kürzlich veröffentlichten Papier hat das europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen (PES Network) aufgezeigt, mit welchen Systemen die Kompetenzbedarfe auf dem europäischen Arbeitsmarkt besser analysiert werden können. Die meisten öffentlichen Arbeitsverwaltungen verwenden bisher einen Methodenmix, wobei nur wenige auf Künstliche Intelligenz oder Big-Data-Analysen zurückgreifen. Das Papier enthält Empfehlungen, wie die Erhebung künftiger Qualifikationsbedarfe noch verbessert werden kann.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Spenden von Blut, Gewebe und Zellen: Vorschläge für mehr Sicherheit

Die Kommission will das Spenden und Empfangen von Blut, Zellen und Gewebe sicherer machen. Sie hat am 14.07.2022 eine neue Verordnung zur Qualität von Substanzen menschlichen Ursprungs vorgelegt, u. a. auch für Muttermilch oder Mikrobiota (z. B. Darmflora). Mit der Verordnung soll auch der grenzüberschreitende Austausch dieser kritischen Gesundheitsprodukte erleichtert werden. Alle Substanzen menschlichen Ursprungs (Substances of Human Origin, SoHO) mit Ausnahme fester Organe werden nun reguliert. Empfängerinnen und Empfänger von SoHO-Therapien sowie Spenderinnen und Spender von SoHO sollen besser geschützt werden. Nach ihrer Annahme und Umsetzung in allen Mitgliedstaaten wird die vorgeschlagene Verordnung die Sicherheits- und Qualitätsvorschriften ersetzen, die in zwei Richtlinien (Richtlinie 2002/98/EG für Blut und Blutbestandteile und Richtlinie 2004/23/EG für Gewebe und Zellen) samt ihren Durchführungsrechtsakten festgelegt sind. Der Vorschlag der Kommission geht nun in das Gesetzgebungsverfahren des Europäischen Parlaments und des Rates der EU-Mitgliedstaaten.

[Spenden von Blut, Gewebe und Zellen: Vorschläge für mehr Sicherheit](#)
[Verordnungsvorschlag](#)

HERA: Erstes Treffen des Joint Industrial Cooperation Forums zur Bekämpfung von Gesundheitskrisen

Die Kommission hat am 12.07.2022 das erste Treffen des Joint Industrial Cooperation Forum (JICF) organisiert, um zu diskutieren, wie die EU künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen kann. Das neue Forum stellt eine Untergruppe des Beratungsgremiums der Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) dar und führt Kommission und Vertreter der Mitgliedstaaten sowie der lieferkettenrelevanten Industriorganisationen zusammen. Ziel des JICF ist es, mögliche Lieferengpässe vorab zu erkennen und Empfehlungen dazu auszusprechen. Die Einbindung der Industrie ist für die Identifikation und Entwicklung von Gegenmaßnahmen sowie die Förderung der Resilienz der medizinischen Lieferketten essenziell.

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

HERA: Liste der Top-3-Gesundheitsbedrohungen

Die EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) hat am 12.07.2022 eine Prioritätenliste der **Top-3-Gesundheitsbedrohungen** vorgelegt, die eine Koordinierung der Maßnahmen auf EU-Ebene im Rahmen der medizinischen Gegenmaßnahmen erfordern. Diese sind:

- **Krankheitserreger mit hohem Pandemiepotenzial:** Zu dieser Kategorie gehören hauptsächlich respiratorische RNA-Virenfamilien;



- **Chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen:** Diese können durch versehentliche oder absichtliche Freisetzung entstehen, wobei auch globale geopolitische Spannungen sowie durch böswillige Akteure verursachte Zwischenfälle berücksichtigt werden.
- **Bedrohungen durch antimikrobielle Resistenzen,** die eines der größten Risiken für die menschliche Gesundheit darstellen, da allein antibakterielle Resistenzen jährlich schätzungsweise über 1,2 Millionen Todesfälle weltweit verursachen.

Die Identifizierung der wichtigsten Bedrohungen für die Gesundheitssicherheit setzt den Prozess in Gang, um die Entwicklung, die Produktionskapazität, die Beschaffung und die potenzielle Bevorratung von Arzneimitteln, Diagnostika, Medizinprodukten und persönlicher Schutzausrüstung sowie anderen medizinischen Gegenmaßnahmen zu gewährleisten, damit diese im Bedarfsfall verfügbar und zugänglich sind.

[Pressemitteilung](#)

[Factsheet](#)

COVID-19: EMA und ECDC empfehlen zweite Auffrischungsimpfung für über 60-Jährige

Das Europäische Zentrum für Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) haben am 11.07.2022 die Empfehlung zu einer **zweiten Auffrischungsimpfung** für über 60-Jährige und vulnerable Gruppen ausgesprochen. Diese vierte Impfung soll mit einem der zugelassenen mRNA-Impfstoffe und im Abstand von mindestens vier Monaten zur vorherigen Impfung erfolgen. Begründet wird die neue Empfehlung mit den aktuell stark steigenden Fallzahlen sowie dem nach wie vor höheren Risiko einer schweren Erkrankung für ältere Menschen. Ein Abwarten auf die Zulassung angepasster Impfstoffe für die Omikronvariante, deren Zulassung durch die EMA im September erwartet wird, sei nicht empfehlenswert. Für Personen unter 60 Jahren ohne Risiko wird eine zweite Auffrischungsimpfung noch nicht empfohlen.

[ECDC und EMA Empfehlungen](#) (in englischer Sprache)

[ECDC und EMA Empfehlungen: Boosterimpfung](#) (in englischer Sprache)

[EMA Mitteilung](#) (in englischer Sprache)

[ECDC und EMA Mitteilung](#) (in englischer Sprache)

Öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für globale Gesundheit

Die Kommission hat am 06.07.2022 eine öffentliche Konsultation zu der **EU-Strategie für globale Gesundheit** gestartet. Damit können Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen und Interessenverbände Vorschläge und Anregungen einreichen. Ziel ist es, mit der globalen EU-Gesundheitsstrategie sowohl auf künftige pandemische Situationen besser vorbereitet zu sein als auch die Gesundheitssysteme grundsätzlich zu stärken und die Gesundheitsversorgung der Menschen zu verbessern. Vorschläge bezüglich der EU-Strategie zur globalen Gesundheit können noch bis zum 19.09.2022 eingereicht werden. Darüber hinaus werden auch verschiedene



Interessengruppen sowie Vertreter nationaler Behörden der Mitgliedstaaten und Vertreter von Patientenverbänden und der Industrie bei der Erarbeitung der Strategie einbezogen.

[Ihre Meinung ist gefragt: Wie soll sich die EU für globale Gesundheit einsetzen?](#)

[Neue EU-Strategie für globale Gesundheit](#)

Europäisches Parlament fordert effizientere Maßnahmen im Bereich der Pflegedienste

Im Europäischen Parlament (EP) wurde am 05.07.2022 eine Aussprache zu gemeinsamen europäischen Maßnahmen im Bereich **Betreuung und Pflege** durchgeführt. Grundlage dafür war ein gemeinsamer Bericht der Ausschüsse für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter. Im Plenum wurde der Bericht von einer großen Mehrheit angenommen. Im Bericht werden die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Arbeitsbedingungen in der Pflege und Betreuung zu verbessern, um so die Arbeit in diesem Bereich attraktiver zu machen. Hierfür müssten auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Damit soll u. a. unbezahlte Pflegearbeit vermindert werden und somit auch im Hinblick auf die Chancengleichheit der Geschlechter ein Fortschritt erzielt werden. Gleichzeitig sollen Ausnutzung und Gewalt im Bereich der Pflege effektiv unterbunden werden. Darüber hinaus werden die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, entsprechend dafür Sorge zu tragen, die Qualifikation von Pflegefachkräften aus Drittstaaten anzuerkennen und deren soziale Absicherung zu verbessern. Für September 2022 hat die Kommission angekündigt, eine Europäische Pflegestrategie vorzustellen. Diese wird voraussichtlich sowohl Empfehlungen hinsichtlich Langzeitpflege als auch Empfehlungen für eine Überarbeitung der Barcelona-Ziele für bezahlbare und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung enthalten.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Initiative zu nichtübertragbaren Krankheiten in Europa

Die Kommission startete am 22.06.2022 eine Initiative zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Verringerung der Belastung durch nichtübertragbare Krankheiten in der EU. Zu diesem Zweck hat die Kommission ein Leitdokument für die Initiative „Gemeinsam gesünder: Nichtübertragbare Krankheiten (NCDs) der EU“ veröffentlicht. In dieser Initiative werden wirksame Maßnahmen und die verfügbaren rechtlichen und finanziellen Unterstützungsinstrumente in fünf Hauptbereichen ermittelt: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, chronische Atemwegserkrankungen, psychische Gesundheit und neurologische Störungen sowie deren Hauptfaktoren. Die Initiative wird im Rahmen des Arbeitsprogramms 2022 des EU4Health-Programms über ein Budget von 156 Mio. € verfügen.

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Finale Verabschiedung des Digitalpakets zur Plattformregulierung

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat am 05.07.2022 beide Bausteine der horizontalen Plattformregulierung, das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) und das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA), mit großer Mehrheit final verabschiedet. Der DMA wurde zudem bereits am 18.07.2022 auch vom Rat final gebilligt. Dies soll beim DSA im September geschehen. Der DSA zielt auf die Bekämpfung von Illegalem, Hassrede und Desinformation im Internet ab und verpflichtet sehr große Plattformen zu erweiterter Transparenz u. a. über ihre Empfehlungsalgorithmen und den Umgang mit Nutzerbeschwerden. Der DMA legt sogenannten Gatekeepern bestimmte Verbote und Pflichten auf, um digitale Märkte zugänglicher zu machen für Wettbewerber und nachgelagerte Diensteanbieter. Der DMA wird von der Kommission vollzogen, der DSA grundsätzlich von mitgliedstaatlichen Behörden. Gegenüber sehr großen Online-Plattformen und -Suchmaschinen vollzieht die Kommission auch den DSA. Dies wird einen erheblichen Aufwand für die betroffenen Generaldirektionen verursachen. Der zuständige Binnenmarktkommissar *Thierry Breton* kündigte nach der Abstimmung im EP an, für das DSA/DMA-Team in den zuständigen Generaldirektionen insgesamt 100 Vollzeitbeschäftigte bereitzustellen. Das Team solle durch Umorganisation und Neueinstellungen bis 2024 stehen. Zudem werde die Kommission ein Europäisches Zentrum für Algorithmen-Transparenz einrichten. Das Zentrum soll hochqualifizierte Mitarbeitende im Bereich Datenwissenschaft und Algorithmen gewinnen. Mit Blick auf die Finanzierung des Ressourcen-Aufbaus verweist Kommissar *Breton* auf die Aufsichtsgebühr, die der DSA vorsieht. Sie verpflichtet die sehr großen Plattformen zur Zahlung einer Abgabe, die der Finanzierung der Durchsetzung der Regeln dienen soll.

[Pressemitteilung des Rates vom 18.07.2022](#)

[Blogbeitrag von *Thierry Breton* vom 05.07.2022](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP vom 05.07.2022](#)

Kommission stellt neue Innovationsagenda vor

Am 06.07.2022 hat die Kommission ihre Mitteilung zu einer Neuen Innovationsagenda beschlossen. Sie formuliert darin Strategien und Maßnahmen, mit denen die Innovationsfähigkeit Europas noch weiter vorangetrieben werden soll. Insbesondere technologieintensive Innovationen („Deep Tech Innovations“) könnten danach die entscheidenden Impulse zur Bewältigung der drängendsten globalen Herausforderungen, wie Klimawandel, Digitalisierung und Gesundheit setzen und die technologische Führungsrolle Europas stärken (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) vom 06.07.2022



Politische Einigung zum Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“

Die Verhandlungsführer von Rat und Europäischem Parlament (EP) haben am 14.07.2022 eine Einigung zum **Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“** erzielt. Mit dem Programm werden konkrete Digitalziele in den Bereichen **Kompetenzen, sichere und tragfähige digitale Infrastrukturen, digitaler Umbau von Unternehmen und Digitalisierung öffentlicher Dienste** festgelegt, die die EU bis Ende des Jahrzehnts erreichen will.

Um die Erreichung dieser Ziele zu überwachen wird ein Kooperationsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission eingeführt. Die Kommission wird gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für jedes Digitalziel Roadmaps auf EU-Ebene entwickeln, die Mitgliedstaaten werden **nationale Roadmaps** und **Strategien** ausarbeiten, um diese Ziele bis zu ihrer geplanten Überprüfung im Jahr 2026 zu erreichen. Auf der Grundlage des **Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI)** werden die Fortschritte überwacht und im **Jahresbericht** der Kommission über den „Stand der digitalen Dekade“ bewertet. Die vorläufige Einigung muss nunmehr von Rat und EP gebilligt werden.

[Pressemitteilung des Rates vom 14.07.2022](#)